

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jeden Werktag. Abonnementpreis mit Illustr. Beilage „Woll u. Zeit“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspf. Einzelverkaufspr. 10 Reichspf. Redaktion: Johannisstraße 40

Anzeigenpreis für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 25 Reichspfennige, auswärtige 30 Reichspfennige. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Reichspfennige. Reklamen 60 Reichspf. Geschäftsstelle: Johannisstraße 40

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 21

Dienstag, 26. Januar 1926

33. Jahrgang

Der Zankapfel des Ostens

Der Zwist in der Mandchurei

Dr. L. Lübeck, 26. Januar.

Der Friede von Portsmouth im Jahre 1905 hatte den alten Interessengegensatz im fernem Osten zwischen russischem und japanischem Imperialismus vorläufig geschlichtet.

Die riesigen Festlandsgebiete Sibiriens suchten Zugang nach dem Meer. Das zaristische Rußland breitete deshalb seine Kofafenabteilungen etappenweise über die äußere und die innere Mongolei aus. Zwangsverträge mit dem schwachen China schoben das russische Machtprotectorat nach der Mandchurei vor und schließlich wurde auch Korea übergeschluckt. Daraus entstand der russisch-japanische Krieg, da Japan für seinen Ausdehnungsdrang und seinen Menschenüberfluß gleichfalls die Gebiete des nächstliegenden Festlandes aufs Korn genommen hatte.

Rußland verlor den Krieg; aber Japan war so erschöpft, daß es in dem genannten Frieden seine Ziele doch nicht restlos durchsetzen konnte. Zwar bekam es Korea und die Halbinsel Liautung mit Port Arthur. Der Hauptsegen aber, die Mandchurei, fiel an China zurück.

In dieser Mandchurei hatte eine russische Gesellschaft ein großes Bahnnetz gebaut: die chinesische Ostbahn. Dieses Bahnnetz verbindet Inneribirien über Charkin und Mukden mit Wladiwostok, Port Arthur und Peking. Japan konnte im Friedensschluß nur erreichen, daß der südliche Teil dieser Linien, von Mukden bis Port Arthur, seiner Verwaltung übergeben wurde. Der Hauptteil blieb in russischer Verwaltung.

Der völlige Zusammenbruch Rußlands in den ersten Nachkriegsjahren spornte die japanische Militärpartei an, die alten Ziele nun nachträglich doch zu verwirklichen. Es kam zur vorübergehenden Besetzung von Mukden und Charkin durch japanische Truppen. Aber Japans Bäume wuchsen doch nicht in den Himmel. Denn vor diesem Himmel hing eine Wolke: Amerika! Japan wurde jedenfalls bedenklich; das deutsche Beispiel warnte; es ging allen Abenteurern aus dem Wege. Schwere Erdbeden haben seine innere Kraft dann so sehr, daß es für absehbare Zeit an kriegerische Konflikte nicht denken kann.

Rußland hatte in der Nord-Mandchurei seinen Einfluß nie ganz aufgegeben. China war schwach; der Bahnbesitz war in dem schlecht organisierten Lande, das größer als Deutschland ist, immer noch die beste Basis realer Macht.

Die Beziehungen zwischen der Mandchurei und Peking waren immer sehr lose gewesen. Die Gouverneure von Mukden waren in Wirklichkeit unabhängige Herrscher — soweit ihre Macht reichte.

Ein früherer Räuberhauptmann und späterer General in der chinesisch-mandschurischen Armee — Tschangtscholin — hat

sich durch Kühnheit und Energie zum Gouverneur der Mandchurei aufgeschwungen. Mit grausamster Tatkraft hat er seine Macht nach und nach über das ganze Land ausgebreitet. In der Tat ist seit Jahren dieser etwas rätselhafte Greis der unbeschränkte Herrscher der ganzen Mandchurei.

Nun hat merkwürdigerweise die Mandchurei seit einigen Jahren einen ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwung genommen. Die Anbaufläche der Sojabohne, des Hauptausfuhrartikels, hat sich verdoppelt. Ein blühender Bauernbesitz wächst heran. Die Mandchurei ist nicht nur verkehrspolitisch, sondern auch wirtschaftlich zum wichtigsten Land des ganzen asiatischen Nordostens geworden. Und die seit 1905 scheinbar erledigte mandschurische Frage steht wieder mitten unter den in Ostasien interessierten Mächten: Rußland, Japan, Amerika, China!

Besonders die Republik des fernem Ostens, das einzige demokratisch verwaltete Glied der Sowjetunion mit dem Sitz in Wladiwostok, interessiert sich seit einigen Jahren für die Mandchurei. Außenpolitisch wird aber auch diese Republik durch Moskau, also Tschitscherin, vertreten. Und so hat sich der neueste Zwist entwickelt.

Die russische Außenpolitik kennt Japans Schwäche. Und sie zieht ihren Nutzen daraus. Die unter russischer Verwaltung stehenden Bahnen haben seit Jahren die Kriegsjahren Tschangtscholin unentgeltlich befördert. Tschangtscholin galt vielfach als russischer Schützling.

Nun hat diese Bahnverwaltung dem braven Tschangtscholin, der sowieso in letzter Zeit einigen Kummer hatte, eine Rechnung präsentiert von 50—60 Millionen Mark Jahrgeld, andernfalls man seine Befehle nicht mehr ausführen könne.

Tschangtscholin machte kurzen Prozeß. Er verhaftete die Direktoren der Bahn und zwang die Beamten mit Gewalt, sich seinen Anordnungen zu fügen. Darauf hatte Rußland gewartet! Tschitscherin schickte an den verblüfften „Räuberhauptmann“ von Mukden ein Ultimatum: Wenn nicht innerhalb drei Tagen die eingesperrten Beamten freigelassen werden, so müßten russische Streitkräfte in der Mandchurei nach dem Rechten sehen!

Tschangtscholin, der einst seine Politik auf die russisch-japanische Eifersucht stützte, bekam von dem japanischen Außenminister eine deutliche Abklage. Japan ist zurzeit völlig lahmgelegt.

So blieb ihm nichts anderes übrig, als nachzugeben, die Direktoren freizulassen und sich gütlich mit der Bahnverwaltung zu einigen.

Damit ist der entstandene Zank vorläufig beigelegt. Aber nur vorläufig. Denn der Imperialismus der Sowjet-Union ist genau so aggressiv und unerfährlich, wie der des ehemaligen Zarentums es war.

Verbieht die Wahrheit!

Die Rechtspresse ist in hysterische Schreikrämpfe verfallen. Zwei Tage lang hat sie mit schlecht verhehlter Nervosität ihren Lesern von dem Berichte Dittmanns Kenntnis geben müssen — natürlich in gewohnter Weise mit Unterschlagung oder Verdrehung der wichtigsten Punkte. Nun aber sind die Nerven völlig gerissen.

Ein an sich unbedeutendes Ereignis gab den Anlaß — aber man weiß ja, daß gerade hysterische Personen schon aus ganz nichtigen Ursachen, bei einem kleineren Geräusch oder den Bewegungen eines Injekts ihre Zustände bekommen. Der Reichstagspräsident Genosse Loebe hatte sich aus formalen Gründen veranlaßt gesehen, die Verteilung der Dittmannschen Broschüre in den Räumen des Reichstags zu untersagen. Ein Akt, der für die sonstige Verbreitung der Broschüre ganz belanglos ist. Im Gegenteil: da es sich um ein im Reichstag gehaltenes Referat handelt, ist ein allgemeines Verbot nach verfassungsrechtlichen Grundätzen unmöglich. Aber das Stichwort war damit gegeben: Verbot! — „Verbot, Verbot!“ heult die gesamte reaktionäre Meute. Schon die Montags-Frühausgabe der Berliner Rechtspresse erschien auf Grund des Loebeschen Schrittes mit der irreführenden tendenziösen Schlagzeile: „Die Dittmannsche Broschüre verboten!“ Der Erfolg war allerdings ein ungeahnter: Er äußerte sich in einem förmlichen Sturm auf die Buchhandlung des „Vorwärts“, wo innerhalb weniger Stunden die Stapel der ausliegenden Exemplare bis auf das letzte vergriffen waren. Die Käufer rissen sich die Broschüre förmlich aus den Händen. Es dürfte selten eine so wirksame Reklame — und noch obendrein unfreiwillig — für ein Buch gemacht worden sein.

Am Nachmittag mühten die Rechtsblätter ihren Lesern allerdings etwas gedrückt mitteilen, daß es mit dem Verbot nichts sei. Aber nun waren sie so weit, unter hysterischen Kreischreien das Verbot zu fordern. Die Polizei wird angerufen, die Staatsanwaltschaft, die Gerichte und von wem man sonst noch eine Verbotsbefugnis erhofft. „Samuel hier!“ so tönt das Angstgeschrei. Aber kein Samuel kann hier helfen. Die Gründe, die von der Rechtspresse für ein Verbot vorgeschlagen werden, wirken so grotesk-sicherlich, daß selbst die unsagbare Begründung des Urteils im Verlaufe des Mordprozesses dagegen noch als juristische Meiterleistung erscheint.

Vor allem steht die Broschüre unter besonderem verfassungsrechtlichen Schutz, weil sie eine wortgetreue Wiedergabe einer im Parlament gehaltenen Rede ist. Bekanntlich darf nach der Reichsverfassung ein wahrheitsgemäßer Bericht aus dem Parlament — und nach allgemeiner Rechtspraxis fallen hierunter auch Berichte aus den parlamentarischen Ausschüssen — überhaupt nicht verboten oder strafrechtlich verfolgt werden. Einige Rechtsblätter versuchen also, eine Verletzung des Urheberrechts zu konstruieren. Nun wäre an sich klar, wenn es überhaupt ein Urheberrecht an parlamentarischen Reden gäbe, daß dieses höchstens dem Sprecher selbst — in diesem Fall also Dittmann — zuzurechnen könnte. Aber diese grotesken Schützer des Urheberrechts kennen das Urheberrecht überhaupt nicht. Somit mühten sie wissen, daß an Reden, die im Parlament gehalten sind, ein Urheberrecht überhaupt nicht besteht. Ganz ausdrücklich werden diese durch das Gesetz vom dem allgemeinen Schutz des geistigen Eigentums ausgenommen. Jedermann ist befugt, parlamentarische Reden, Berichte, Druckausgaben usw. zu vervielfältigen und zu verbreiten, wie es ihm paßt.

Aber sogar einen „Betrug“, eine strafrechtliche Vermögensschädigung der Käufer wollen einige Rechtsblätter feststellen, weil angeblich die Käufer in den Glauben verführt würden, eine amtliche Druckchrift zu kaufen, während doch der Reichstagsausschuß die amtliche Drucklegung des Dittmannschen Referats noch nicht beschlossen habe. Höher geht's nimmer! Die Dittmannsche Schrift ist in einem farbenprächtigen Umschlag erschienen, der die Bilder der beiden erschossenen Matrosen Reichpietsch und Köbis zeigt und dazu den Titel: „Wilhelm Dittmann — die Marinekajütsmorde von 1917 und die Admiralsrebellion von 1918.“ Wer dies für den Umschlag einer amtlichen Druckchrift hält, ist für sämtliche Irrenhäuser Deutschlands reif!

Die Gründe, aus denen die Rechtspresse die Beibehaltung verlangt, richten sich in ihrer Lächerlichkeit selber. Nichts steckt hinter dem ganzen Geschrei als Angst und Wut darüber, daß die Wahrheit ins Volk dringt. Das muß mit allen Mitteln verhindert werden, und zu diesem Zweck scheut die Reaktion — wie gewöhnlich — auch nicht vor dem krafttesten Verfassungsbruch, vor der schlimmsten Rechtsverletzung zurück. Sie weiß allerdings, welchen Juristenbeamten sie dies zumutet und hofft vielleicht auf ähnlich gefügige Diener wie jenen Amtsrichter in Lünen, der das Witzblatt „Lachen links“ beschlagnahmte, zwar nicht, weil er irgend einen Rechtsgrund hatte, sondern weil ihn und andere eine Karikatur auf den Reichspräsidenten ärgerte.

Aber noch ein zweiter Grund ist mit im Spiele: Es muß um jeden Preis vom Thema abgelenkt werden. Zwar brüht sich die Rechtspresse, daß die Brüninghaus, v. Trauttha, Canaris und sonstigen Marineoffiziere schon die Dittmannschen Anklagen widerlegen würden. Aber ihr Vertrauen steht auf schwachen Füßen. Herr Brüninghaus

Die erste Aktion der neuen Regierung

Amtlich wird gemeldet:

Nachdem das neue Kabinett gebildet ist, hat der Reichsminister des Auswärtigen dem Generalsekretär des Völkerbundes durch Schreiben vom 22. Januar mitgeteilt, daß die Reichsregierung der Einladung zur Tagung des Vorbereitenden Ausschusses für die Abrüstungskonferenz in Genf Folge leisten wird und die Benennung der deutschen Delegierten für diese Tagung sich vorbehält.

Das Reichskabinett hielt am Montag abend von 5½ bis 7 Uhr eine Sitzung ab, die der endgültigen Abfassung der Regierungserklärung gewidmet war.

Heute Regierungserklärung

Der Reichstag wird am Dienstag nachmittags um 2 Uhr nur die Programmklärung der neuen Regierung entgegennehmen und sich vertagen, um den Fraktionen Gelegenheit zu Beratungen über die Regierungserklärung zu geben. Die große politische Aussprache, die am Mittwoch beginnen wird, dürfte sich bis zum Freitag hinziehen und mit der Abstimmung über eine Billigungsgesetzformel der Regierungsparteien bezw. über Mißtrauensnoten, die bisher die Völkischen und die Kommunisten angekündigt haben, abgeschlossen werden.

Einreichung des Volksbegehrens

Am Montag nachmittags haben die Genossen Wels und Ludwig vom Parteivorstand, der Vorsitzende der KPD, Thälmann, sowie der Leiter des Ausschusses für den Volkseinsatz Kuzinski im Reichsinnenministerium den gemeinsamen Antrag zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten eingereicht. Die Übermittlung wurde mit dem ausdrücklichen Ersuchen verbunden, sobald als möglich eine Beschlusfassung über den Antrag herbeizuführen. Thälmann und Kuzinski gaben dabei die Erklärung ab, daß nach Zulassung des gemeinschaftlichen Entwurfs der am 12. Januar eingebrachte Entwurf zur Fürstenabfindung gegenstandslos geworden sei.

Gen. Thomas bei Brauns

Erfolgreiche Verhandlungen.

Amtlich wird mitgeteilt:

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Albert Thomas, hatte am Sonnabend eine längere Unterredung mit dem Reichsarbeitsminister. Es wurden alle wichtigen, zwischen der deutschen Regierung und dem Internationalen Arbeitsamt schwebenden Fragen erörtert. In der Frage einer erhöhten Geltung der deutschen Sprache wurde festgestellt, daß in dieser Richtung ein beträchtliches Entgegenkommen des Internationalen Arbeitsamtes bereits erreicht ist. Was die Anstellung von Deutschen beim Internationalen Arbeitsamt betrifft, so hat Thomas die Notwendigkeit einer Vermehrung, und zwar insbesondere auch in den oberen Beamtenstellen des Internationalen Arbeitsamtes, anerkannt, und Schritte in dieser Richtung getan. Im übrigen wurde insbesondere noch die Frage der Ratifizierung des Abkommens über die bisherige Einmündung der Arbeiter auch hier konnte eine weitgehende Übereinstimmung der Ansichten festgestellt werden.

Rußland beteiligt sich an Völkerbundsarbeit

Unter allerlei Bedingungen

Auf die Zustimmung der Sowjetregierung zur Einladung der Professoren Gümel und Röntsch, des Präsidenten der russischen Genossenschaft, als Mitglieder der Kommission für die Vorbereitung der Internationalen Wirtschaftskonferenz antwortete das Generalsekretariat des Völkerbundes mit der gewünschten Zustimmung der Protokolle der Völkerbundsversammlung und des Völkerbundsrates über die bisherigen Beratungen der Frage sowie mit der Mitteilung, daß die Einladungen an die genannten Herren umgehend abgesandt werden. Den Schlußsatz der russischen Note, daß die Teilnahme der beiden Delegierten an den Kommissionsarbeiten nur dann erfolgen könne, wenn die Kommission nach einem anderen Lande als die Schweiz eingeladen werde, übergeht die Antwort des Generalsekretariats mit der Erklärung, daß Mitteilungen über den Zeitpunkt des Zusammentritts der Kommission, der voraussichtlich nicht vor dem 15. April erfolgen dürfte, und den Tagungsort nächstens erfolgen werden. Damit bleibt die Bestimmung des Tagungsortes dem im März tagenden Völkerbundsrat vorbehalten.

Der heulende Th.

Ober der getroffene General-Anzeiger

Der „Lübecker Volksbote“ hat vor Wochen den moralischen Tiefstand des Lübecker General-Anzeigers und seiner Mitarbeiter der Öffentlichkeit mitgeteilt. Es handelte sich dabei um eine ausgesprochene Artikelfälschung durch Herrn Th. selbst oder um eine Lumperei des Herrn Dr. K. Beides mußte für die Leser des Gen.-Anz. gleich niederschmetternd sein. Denn dem Duo dieser beiden Herren verdanken sie ja den Segen der merkwürdigen Bastardpolitik der Mitte mit dem Einschlag nach rechts.

Was antwortete der edle „General“ auf unsere Anfrage? Er sagte einfach: Der betreffende Artikel ist von dem bewährten Hindenburg-Preßredakteur Dr. K. höchstlieblich geschrieben. Und dieser hohe Herr ist über eine Auseinandersetzung mit dem Lübecker Volksboten absolut erhaben. Solch kleinem Provinzblatt wird Herr Dr. K. überhaupt keine Antwort geben.

Darauf nahm der „Vorwärts“ die Sache auf und stellte an diesen polen Dr. K. die Anfrage, ob er nun auch noch so „absolut erhaben“ sei. Herr Dr. K. war darob sehr verlegen und verleugnete glatt sein schönes Lübb. Honorarblättchen. Und dieser General-Anzeiger selbst? Dieser erklärte jetzt plötzlich: Was ich vor acht Tagen behauptet, war eine Lüge. Denn die in Betracht kommende Stelle des umstrittenen Artikels war garnicht von Dr. K., sondern war eine in unserer Redaktion vorgenommene Fälschung. Jedoch war diese Fälschung nicht beabsichtigt, sondern durch ein „technisches Versehen“ verursacht.

In deutlich bedeutet das: Die Redaktion des General-Anzeigers wollte ihre erste Lüge durch eine zweite aus der Welt schaffen. In der stillen Hoffnung offenbar, daß seine eigenen Leser zu dumm sind, um den Schwindel in seiner ganzen Blöße zu begreifen.

Der General-Anzeiger hat als „Blatt der Mitte“ noch einige andere Verdienste, die den vielen Arbeitern, die ihn immer noch lesen, zu denken geben müssen. In seiner schmutzigen Einseitigkeit hat er z. B. über republikanische Massenmärsche nicht mit einem Wort berichtet; während er jede politische Fälschung oder Generalsrede getreulich wiedergibt.

Die Sozialdemokratische Partei hat deshalb ein kleines Flugblatt verteilen lassen. Um die Arbeiter aufmerk zu machen. Um besonders jene Arbeiter zu warnen, die in ihrer Gedankenlosigkeit immer noch die bürgerliche Presse lesen. In diesem Flugblatt wurden nur ganz kurz zwei oder drei Hauptpunkte der verächtlichen Generals-Tendenz angetippt. Um Ge-

genheit zu schaffen für eine Diskussion in Werkstatt und Bureau. Um überhaupt eine Aussprache über die neueste Entwicklung der bürgerlichen Mittelpresse herbeizuführen.

Dieses Ziel ist in großem Umfang erreicht. Mit anerkennenswerter Unterstützung des General-Anzeigers selbst. In seiner heutigen Ausgabe nimmt Herr Hauptkassierer Th. das Wort selbst, um in einem heulenden Leitartikel den blaffen Schaum seiner Wut gegen die Sozialdemokratie zu verspritzen. Merkwürdigerweise findet er dabei kein einziges Wort der sachlichen Erwiderung! Weber über seinen eigenen Kriegsschwindel, noch über die allgemeinen Verhältnisse statet er ein Wort zu sagen. Er ist so verlegen, daß ihm nur eins übrig bleibt: Schimpfen! Schimpfen! Schimpfen!

Herr Th.! Zum Schimpfen gehört weder Moral noch Geist! Es ist deshalb für jeden denkenden Menschen höchst uninteressant. Viel interessanter wäre uns, wenn Sie uns etwas aufklärten über die journalistische Moral, mit der Sie anderer Leute Artikel durch eigene Zusätze in das Gegenteil verkehren, und dann den umfrisierten Artikel trotzdem unter dem Namen des ursprünglichen Verfassers der Öffentlichkeit servieren. Und ebenso interessant wäre es für die Lübecker Arbeiterklasse, einmal zu hören, was Sie, Herr Th., von der militärischen, politischen und streng antirepublikanischen Berichterstattung Ihres Blattes denken?

Das sind die beiden Hauptfragen, die von dem Flugblatt angefnitten sind. Und darauf ist eine Antwort nötig, wenn Sie überhaupt antworten wollen. Daß Sie schimpfen können, sehen wir voraus! Das können auch Leute, die noch weniger Geist und Originalität haben als Sie! Das Schimpfen wollen wir Ihnen insofern gern schenken.

Auf eine sachliche Antwort sind wir gespannt. Wobei wir allerdings befürchten, daß sie Ihnen in der Kiste stecken bleiben würde.

Für alle Arbeitenden aber gilt jetzt erst recht die Parole: Der General-Anzeiger ist unser Feind!

Zum Schluß eine Anfrage: Ihre Berliner Artikel sind nicht mehr mit Dr. K. gezeichnet. Schämen Sie sich Ihres Mitarbeiters also doch?

hat leuzend erklären müssen, bisher noch keine Zeit zur Attendurchsicht gefunden zu haben und beschränkte sich auf hohle Phrasen. Herr Canaris hat vom Reichswehrminister Gehler wegen seines provozierenden Verhaltens abberufen werden müssen und was den ehemaligen Admiral v. Trotha anbelangt, so kann dieser Herr am wenigsten Anspruch auf Glauben beanspruchen. Er suchte bereits im November 1918 den „Vorwärts“ über die Absichten des Admiralsstabes bei dem letzten Flottenvorstoß des Weltkrieges großlich hinteres Licht zu führen, wurde allerdings später von seinem ersten Berater, dem Konteradmiral v. Levetzow — wenn auch in voller Ahnungslosigkeit — entlarvt. Während nämlich Herr v. Trotha am 16. November 1918 der „Vorwärts“-Redaktion einredete, daß bei dem Flottenvorstoß ein Zusammenstoß mit der englischen Flotte vorzuziehen werden sollte, stellte Herr v. Levetzow sechs Jahre später in den berühmten Dolchstoßheften des Prof. Schömann als Zweck dieses Vorstoßes fest, die englische Flotte unter allen Umständen zur Schlacht zu zwingen.

Mit diesen Gegenzügen also wird kein Staat zu machen sein. Darum soll jetzt die Diskussion auf ein anderes Geleis gehoben werden. Statt über den Inhalt des Dittmannschen Berichts zu diskutieren, wird über Dittmanns Recht oder Nichtrecht, diesen Bericht durch einen Privatverlag zu publizieren, debattiert. Aber der Zweck wird nicht erreicht werden. Das Geschrei der Rechtspresse wird nur dahin führen, daß immer weitere Kreise auf diesen Bericht aufmerksam werden und daß die Wahrheit, die bisher von den offiziellen Marineleuten so geschickt verdunkelt und umgelogen wurde, die Wahrheit über die Ereignisse auf der Flotte endlich nicht nur an den Tag, sondern auch ins Bewußtsein des Volkes bringt.

Der Beschluß des Ausschusses

Der Untersuchungsausschuß des Reichstags befaßte sich am Montag in einer nicht öffentlichen Sitzung mit dem Streik um die Brotschüre des Genossen Dittmann „Die Marinejustizmorde von 1917 und die Admiralsrebellion von 1918“. Er beschloß einstimmig, daß die Brotschüre keine amtliche Darstellung ist. Das ist auch nicht behauptet worden. Tatsache aber bleibt, daß sich die Brotschüre auf amtliches Material stützt — Die Forderung der Deutschnationalen, die Darstellung Dittmanns zu behauern, lehnte der Ausschuß ab.

Die Admirale in der Verteidigung

Im Anschluß an die nichtöffentliche Vollziehung des Untersuchungsausschusses des Reichstags lehnte der Untersuchungsausschuß für die Marineregierung seine am Sonnabend abgebrochenen Beratungen fort.

Bei der Eröffnung der Sitzung wies der Vorsitzende, Abg. Dr. Philipp (Dn.), auf die Kritik hin, die die letzten Verhandlungen des Ausschusses in der Presse gefunden haben. Der Vorsitzende ist nur der Exekutor der Mehrheitsbeschlüsse des Ausschusses. Auch wenn sie ihm innerlich widerstreben. Der Auftrag an den Abg. Dittmann ist auf einstimmigen Beschluß des Ausschusses erteilt, die Zugabe von der Presse mit 13 gegen 9 Stimmen beschlossen worden.

Der Vorsitzende gibt dann folgendes Schreiben des Vizeadmirals v. Trotha zur Kenntnis:

„Nachdem mir gestern durch den Herrn Chef der Marineleitung diesbezüglich bekanntgegeben worden ist, daß der Herr Reichswehrminister sich entschlossen hätte, die zum Ausschuß ernannten Kommissare vorläufig nicht mehr zu entsenden, bin ich nicht in der Lage, in der Sitzung des Ausschusses heute nachmittag zu erscheinen. Ich lege aber großes Gewicht darauf, über die in Frage stehenden Vorgänge Auskunft zu geben.“ — Der Vorsitzende beauftragt darauf, den Vizeadmiral v. Trotha als Anwesenden zu vernehmen. Die sofortige Vernehmung des Vizeadmirals v. Trotha wird nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte beschlossen.

Vizeadmiral v. Trotha

als Anwesende Person vernehmlich und vernommen. Er äußert sich zunächst ausführlich über die Urlaubfrage bei der Marine. Dabei wendet er sich gegen die Darlegungen des Abg. Dittmann, daß Mannschaften auch in dringenden Fällen keinen Urlaub bekommen, während z. B. ein Offizier schon anlässlich einer Niederfahrt seiner Frau beurlaubt wurde.

Ich kann bezeugen, daß Admiral Scheer bei verschiedenen Gelegenheiten auf das Beste darauf hingewiesen hat, daß gerade in Kriegzeiten die Situationsanpassung auf das Sorgfältigste und ohne Uebertriebung in Handhaben wäre. Der sozialdemokratische Abg. Scherl hat im Hauptauschuß erklärt, daß aus der Marine verhältnismäßig wenig Beschwerden vorlägen. (Hört! hört! rechts.)

v. Trotha geht dann auf die Verpflegungsverhältnisse ein. Auf den einzelnen Schiffen bestand Selbstverpflegung. Bei dem Geld, das für die Verpflegung nachher gemacht werden konnte, bestand zwischen Offizieren und Mannschaften anfangs ein Unterschied von 1,15 M., der sich aber nach und nach auf 25 Pfg. vermindert hat. (Hört! hört! rechts.) Verpflegungsmillionen waren schon in der Vorkriegszeit auf allen Schiffen von den Kommandanten als „Kuchkommissionen“ gebildet worden. In diesen Kommissionen waren auch die Mannschaften vertreten. Im Krieg wurden dann die Kommissionsmitglieder eingeführt. Auch aus der Schilderung des Abg. Dittmann ergibt sich, daß sie zu einer rein militärischen Kommissaratsorganisation wurden, die von den Verpflegungsfragen überging zur Behandlung von politischen Fragen, die mit der Verpflegung nicht mehr das geringste zu tun hatten.

Unheimlichkeiten, wie sie sich im Sommer 1917 gezeigt haben, sind immer nur vorgekommen auf Schiffen, deren Besatzung in enge Berührung mit der Rot und mit dem politischen Streik der Jüdischen Bevölkerung kam. Wie kam es dazu mit Schiffen, die näher an den Feind heran kamen. Darum haben wir an unsere Verpflegung Kommissaratsmitglieder. Nach 1918 hat die Flotte unter den schwierigsten Verhältnissen einen Vorstoß bis zur nordwestlichen Küste gemacht und die Durchführung war geradezu ein Wunder. Die ganze Jahresarbeit von Offizieren und Mannschaften war uns alle ganz anders einbrud beladen die Dinge aber mit dem Aufmarsch der Flotte nach Prinz Eugen. Es wurde uns dann bekannt, die Aufgabe, die Adm. im Reichstag über die Dinge zu sagen, hat uns eigentlich einen wichtigen Schritt gebracht, denn in 14 Tagen oder 3 Wochen sollten wir zu einem großen Schlage ansetzen. Mit uns gingen die Besatzungen von „Hindenburg“, „König Albert“, „Kaiserin“ und die ganze „Prinz-Eugen-Flotte“. Diese Rede wurde uns bereits am selben Tage von allen Seiten bekanntgegeben so daß an ihr kein Zweifel ist. Schon das allein ist der Aufbruch. Wenn auch die Leute von sich aus gesprochen haben mögen, das weiß ich ja nicht, aber jedenfalls fand hinter dieser Antrittsveranstaltung die U.S.A. Bildung gesprochen. (Abg. Dittmann: Ja das eine Fragestellung?) Ich weiß ja nicht, was an den Sachen wahr ist. Die Leute haben verurteilt haben.

Ich komme nun auf den Flottenvorstoß. Die Verhältnisse liegen so: Die Flotte war in höchstem Grade und auf ihrem rechten Flügel auf des Feindes gegenüber. Wir hatten

also die Pflicht, einen Stoß in die feindlichen Verbindungswege hinein mit aller möglichen Energie zu betreiben. So ist der Plan gefaßt worden, hineinzufahren mit einer starken Gruppe in die schändliche Küste und zu gleicher Zeit mit einer starken Gruppe gegen die Themsemündung und so dort das ganze Transportwesen des Feindes aus den Fugen zu heben. Dabei mußte selbstverständlich die Hochseeflotte mithinlaufen. Als wir uns über die Durchführung des Unternehmens einig waren, habe ich an den Chef des Stabes der Seekriegsleitung, den damaligen Admiral v. Levetzow, die Frage gerichtet, ob die Regierung im Falle wäre und darauf zustimmende Antwort bekommen. (Bewegung links.) — Abg. Dittmann: Die entscheidende Frage ist, ob die Regierung des Prinzen Max von Baden unterrichtet war! Das kann ich so genau nicht sagen; es könnte ja noch festgestellt werden. Aber immer, wenn wir die Waffe hemmungslos anwendeten, kamen von oben herab Erwiderungen, die uns legten, das und das dürft ihr nicht machen. Es war uns zwar jämmerlich, aber wir haben uns dem gefügt.

Abg. Dittmann (Soz.): Kann der Zeuge aus eigenem Willen angeben, daß Prinz Max von Baden seine Zustimmung zum Flottenvorstoß gegeben hat?

Vizeadmiral v. Trotha: Nachdem die Unruhen auf den Schiffen ausgebrochen waren, war der Flottenvorstoß natürlich unmöglich geworden; denn wir konnten unmöglich mit solchen Mannschaften die Aufgabe durch die Minenperle hindurch lösen. Wir haben sofort zwei Offiziere, den einen nach Spaa zum Großen Hauptquartier und den anderen nach Berlin zum Marine-Staatssekretär geschickt, um über diese Vorgänge die entscheidenden Stellen zu unterrichten. Nach Berlin fuhr Korvettenkapitän Gladisch, der damalige Staatssekretär des Reichsmarineamts Admiral Ritter von Mann schickte Gladisch zum Kanzler Prinz Max, der schon im See lag, Kapitän Gladisch hat dann dem im See liegenden Kanzler die Sache vorgetragen. In der Werbung, die er mir nachher erstattete, hat er mit keinem Wort erwähnt, daß Prinz Max gestimmt hätte er würde gar nichts von dem Vorstoß, denn dieser Vorstoß hätte gar nicht stattfinden sollen.

Abg. Dr. Rosenbergs (Komm.): Hatte man die Möglichkeit, eine zweite Seeoffensive etwa wie die erste am Stögerat zu erreichen, oder glaubte man, die englische Flotte entscheidend zu schlagen? — v. Trotha: Ueberlegungen dieser Art habe ich damals nicht gemacht. Wenn es zu einer Entscheidungsschlacht gekommen wäre, so wäre die englische Flotte, das Rückgrat der englischen Macht in der Welt, nach unserer Ueberzeugung so gewaltig geschlagen worden, daß das ganze Bild der Mächte der Welt verändert worden wäre. (Lebh. Hört, hört! rechts.) Das ist meine Ueberzeugung auch heute noch. (Erneute laute Hört-Rufe rechts.)

Schwerföhriger General v. Kahl: Vom Standpunkt des Herras aus muß ich diese Ausführungen ergänzen. Wir haben schon von 1917 ab die große Befürchtung gehabt, daß die Engländer in Holland landen würden. Damals verhielten sich die Nachrichten von einer bevorstehenden Landung immer mehr. Eine solche Landung hätte für unseren rechten Flügel geradezu katastrophal gewirkt; denn dann wären die Engländer der Heeresgruppe „Krupp“, „Krupp“ in den Rücken gekommen. In diesen Tagen haben wir dauernd mit der Obersten Heeresleitung darüber verhandelt und auch diese hat die Gefahr anerkannt. Wenn hier ein Flottenvorstoß gemacht worden wäre, so wäre das für uns eine außerordentliche Befähigung und Entlastung gewesen, auch wenn die Landung in Holland nicht gekommen wäre, denn es hätte die ganze Aufmerksamkeit der landlichen Kriegführung auf die See gelenkt. Wenn auch die Flotte untergegangen wäre in diesem Vorstoß, so hätte sie uns doch einen großen Dienst geleistet und sie wäre ehrenvoller untergegangen als später nach und nach abgeleitet zu werden.

Schwerföhriger Dr. Herz teilt mit, Staatssekretär von Payer habe ihm geschrieben, er habe von den Plänen einer großen Seeoffensive gegen England erst aus dem Königlich-Dolch-Kopfsch Kenntnis erhalten.

Konzeptschreiber: Zur Klärung der Frage, ob der Prinz Max von Baden mit dem Flottenvorstoß einverstanden war, möchte ich noch folgendes betonen. Am 20. Oktober ist der U.S.A.-Krieg eingestellt worden. Die Bezeichnung des Prinzen Max mit dem Admiral von Levetzow muß also wohl am 21. oder 22. Oktober stattgefunden haben. Am 26. Oktober aber hat Dr. K. ausdrücklich die militärische Leitung unter die zivile Gewalt gestellt. Wenn also auch am 21. oder 22. Oktober der Prinz Max zu den Verlegungen des Admirals von Levetzow hätte gelangen darf, so ist doch daraus noch gar nichts. Es kommt

vielmehr darauf an, ob nachdem die militärische Leitung ausdrücklich unter die bürgerliche gestellt war, der Prinz Max ein so ungeheuerliches Unternehmen, wie den Flottenvorstoß zustimmend gebilligt hat und ob dieses Unternehmen durch die Zustimmung des verantwortlichen Reichstanzlers gedeckt worden ist oder nicht. Dafür aber, daß es gedeckt worden ist, ist auch nicht der geringste Beweis erbracht worden. Im übrigen kann ich nichts anderes sagen, als was ich schon in meinem Gutachten angeführt habe und das auch meiner Auffassung entspricht. Ueber die ganze Flotte in Grund und Boden geschossen als daß sie sich so ergeben hat, wie das nachher geschah. (Beifall rechts.)

Abgeordneter Dittmann (Soz.): Wenn ich den Zeugen v. Trotha recht verstanden habe, vermag er nicht konkret zu sagen, wann die Unterbrechung des Admirals von Levetzow mit dem Prinzen Max stattgefunden haben soll. (Admiral v. Trotha bestätigt diese Auffassung.) Es liegt mir daran, klargestellt zu sehen, ob es sich bei dem beabsichtigten Flottenvorstoß um ein Unternehmen handelte, das lokale Natur war, oder ob es sich um ein Unternehmen handelte, mit dem man glaubte, die Kriegsentcheidung noch zu gunsten Deutschlands ändern zu können.

Von Trotha: Es war ein Vorstoß gegen die Verbindungswege des Feindes. Selbstverständlich mußten wir damit rechnen, daß das englische Gros aus dem nördlichen Hafen auslaufen würde, um uns entgegenzutreten. Das übrige ist Entwicklung. (Sehr richtig! rechts. Gelächter links.)

Schwerföhriger Dr. Herz: Entgegen dem, was der Herr Abgeordnete Brüninghaus ausgelegt hat, möchte ich noch feststellen, daß aus dem, was der Herr von Levetzow dem Prinzen Max sagte, kein Mensch heraushören konnte, daß es sich um eine große Seeoffensive handelte. Es machte vielmehr den Eindruck, als ob diese unbestimmte Form der Mitteilung absichtlich gewählt worden ist, um Unklarheit entstehen zu lassen.

Darauf wurde die Sitzung geschlossen. Eine neue Sitzung mit Hinzuziehung der Pressevertreter wird voraussichtlich erst in etwa 14 Tagen stattfinden.

Demokratische Beschlüsse

Berlin, 25. Januar.

Der demokratische Parteiausschuß, der am Sonntag in Berlin zusammengetreten war, nahm nach einem Referat des Parteivorsitzenden Koch und nach einer längeren Aussprache, an der sich die Minister Gehler und Reinholdt beteiligten, drei Entschlüsse an.

Die erste Entschliessung bedauert den Entschluß der Sozialdemokratie, nicht an der großen Koalition teilzunehmen und erteilt die Nachgiebigkeit des Reichsministers Luther. Der Parteiausschuß spricht die Erwartung aus, daß die Regierung gegenüber den partikularen Tendenzen der bayrischen Volkspartei fest bleibe. Der Parteiausschuß spricht die Erwartung aus, daß die Regierung in ihrer Innenpolitik den Geist der Republik und der Reichseinheit vertritt und in der Außenpolitik die mit dem Vertrag von Locarno begonnene Linie weiterführt. In der 2. Entschliessung wird an die demokratischen Minister das Ersuchen gerichtet, mit größter Entschiedenheit auf die Republikanisierung der Verwaltung, der Justiz, der Schulen und der Reichswehr hinzuwirken. In einer 3. Entschliessung erhebt der Parteiausschuß Einspruch gegen die gesteigerte Belastung des letzten Gebietes durch die vermehrte Truppenstärke.

Danz wie bei uns

Das in Cremona erscheinende faschistische Organ teilt am Montag mit, daß der Matteotti-Prozess im März vor den Geschworenen in Chiari beginnen soll. Der Meldung wird hinzugefügt, „wenn keine Verschiebung eintritt“. Es scheint sich also auch hier lediglich um eine Beruhigungsnotiz für den gläubigen Leser zu handeln, während in Wirklichkeit auch im März noch nicht daran gedacht ist, die faschistischen Vorbanden zur Verantwortung zu ziehen.

Der Tanz auf dem Vulkan

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

London, Mitte Januar 1926.

Es ist, als ob der Pendel zurückgeschlungen wäre. Nach Jahren, in denen ein Ereignis das andere jagte, und selbst Ruhepausen an die bewegtesten Tage der Vorkriegszeit erinnerten, ist eine Art von Kirchhofstille insbesondere in der Innenpolitik eingetreten. Das Parlament ist auf Urlaub, ein großer Teil der Minister und Parteiführer verreist. In dieser Stille sind bezeichnenderweise die Berichte von den öffentlichen Sitzungen der Kohlenkommission, die in der vergangenen Woche abgeschlossen wurden, wie ein Mähdrescher hörbar geworden. Sie haben die Nation daran erinnert, daß der äußerliche Frieden trügerisch ist, daß unter einer dünnen Schicht verborgen ein Vulkan rumort, dessen Ausbruch im kommenden Frühjahr unvermeidlich zu sein scheint.

Man erinnert sich noch an die Bergbaukrise im vergangenen Juli, die die britische Nation in Atem hielt. Der Kollektivvertrag der Unternehmer und Arbeiter war abgelaufen, ein Streik, dessen Uebergreifen auf die Eisenbahn- und das Transportgewerbe unvermeidbar schien, drohte das gesamte britische Wirtschaftsleben lahmzulegen. Die Regierung kapituliertete damals, nicht vor den Gewerkschaften, sondern vor der Gefahr. Sie bewilligte in letzter Minute Subsidien für neun Monate, in denen die Lage und Bewirtschaftung der Industrie durch eine „Königliche Kommission“ geprüft werden und von dieser Vorschläge für die Ueberwindung der Krise (als Basis für gesetzgeberische Maßnahmen) unterbreitet werden sollten. Die Kommission ist damals nach einer von der Regierung verschuldeten, beinahe zweimonatigen Verzögerung an die Arbeit gegangen; sie hat die vorangegangenen Enquêtes studiert, ist persönlich in Bergwerke eingefahren und hat schließlich in einer Reihe öffentlicher Verhandlungen Sachverständige und die Vertreter der beiden, an der Industrie hauptsächlich beteiligten Industrien, Unternehmer und Arbeiter, befragt.

Was der Vertreter der Unternehmerorganisation im Namen der Bergherren vordrachte, war schlimmer als selbst diejenigen erwartet hatten, die mit dem New Statesman die Bergbauunternehmer für die „reaktionärste und technisch am wenigsten zuständige Körperschaft von Unternehmern Großbritanniens“ gehalten haben. Trotz eines allgemein bekannten, unwiderleglichen Materials über die betriebstechnische Verschlimpfung und Rückständigkeit des britischen Kohlenbergbaus, über die unendlich kostspielige Zerplitterung in kleine und kleinste Gruppen, wagte es der Vertreter des Bergbaubetriebes nicht nur jede technische Rückständigkeit rundweg abzuleugnen, sondern gerademwegs den Arbeitern, deren exorbitante Forderungen unumgänglich machen, die Schuld für die gegenwärtigen Schwierigkeiten in die Schuhe zu schieben. Nicht technische Umstellung, nicht Zusammenlegung zusammengehöriger Gruppen, nicht Abschaffung der die Industrie schwer belastenden mittelalterlich feudalen Royalities (Grundzölle) und schon gar nicht Nationalisierung, sondern Zerbrückung des von den Arbeitern schwer erkämpften nationalen Lohnabkommens zugunsten lokaler Lohnregelungen, Rückkehr zum Achtstundentag, direkte Lohnkürzungen, Herabsetzung der Frachttarife durch Lohnkürzungen bei den Eisenbahnen, Verbilligung aller übrigen Transportkosten durch Erniedrigung der Löhne der Hafenarbeiter — das ist die Zauberformel des Unternehmerverbandes. Aber schon der Vorsitzende der Kommission, Sir Herbert Samuel, dem gewiß keine Voreingenommenheit gegen die Unternehmer vorgeworfen werden kann, brachte durch seine Zusammenfassung der Konsequenzen dieser Forderungen die Position der Unternehmer moralisch ins Wanken. Er wies darauf hin, daß eine Durchführung dieser Forderungen nicht nur unbegabte Mehrarbeit, nicht nur Lohnherabsetzungen bis zu 15 Schilling die Woche bedeuten würde, sondern sie hunderttausend zusätzliche arbeitslose Bergarbeiter mit sich bringen müßte, und der englische Bergarbeiter im Fall ihrer Verwirklichung unter die Arbeitsbedingungen seiner kontinentalen Kollegen (mit einziger Ausnahme der polnisch-schlesischen Bergarbeiter) heruntergedrückt würde. Selbst bei Erfüllung des Unternehmerplans verbleibe aber ein Defizit von 3 Pence per Tonne.

Die Bergarbeiter legten ihre Auffassung in einem Nationalisierungsplan nieder, dem besondere politische Bedeutung zukommt, weil er als Willensausdruck der gesamten Arbeiterklasse angesehen werden kann. Das Projekt geht von der Erkenntnis aus, daß das Kohlenproblem in England aufgehört hat, ein reines Produktions- und Absatzproblem zu sein und die Krise der Industrie nur in dem großen Zusammenhang der gesamten Kraft-Transportunterlage und Versorgung der britischen Industrie gelöst werden kann. „Wir schlagen vor“, so heißt es in der offiziellen Darstellung des Planes, „daß die Kohlenindustrie eine Organisation zur Beschaffung von Kohle, Herstellung elektrischer Kraft in größtem Maßstabe, Produktion von Koks und rauchloser Heizung, eine Organisation für die Gasversorgung, Produktion von Heizöl, von Ammonium und anderen Nebenprodukten werden soll. Wir schlagen vor, daß diese so organisierte Industrie der Nation gehören soll.“ Man sieht, das Projekt der Bergarbeiter ist in allem das Gegenteil dessen, was



Gen. Dittmann
der Ankläger der blutdürstigen Kriegsgerichtsrate

die Unternehmer vorgeschlagen haben. Es geht an die Wurzel des Übels. Aber damit wirft es politische Fragen von äußerster Tragweite auf, seine Verwirklichung wird zu einer Frage politischer Macht. Es muß ebenso wie die Unternehmerforderungen den Widerstand der Arbeiterklasse seinerseits den Widerstand aller derer herausbeschwören, die an die Unverletzlichkeit des Eigentums an Produktionsmitteln glauben. Vor allem aber: das Projekt der Arbeiterklasse ist ein Plan, dessen Ausführung eine Reihe von Jahren erfordert und keineswegs von heute auf morgen kurzer Hand durchgeführt werden könnte.

Aber hier liegt die Schwierigkeit der gegenwärtigen Situation. Die Regierungssubsidien laufen mit dem Monat April ab. Die Unterstützung wurde gezahlt, weil der gigantische Arbeiterkampf unvermeidlich schien. Es ist undenkbar, daß sich bis Mai die wirtschaftliche Lage, die Weltnachfrage nach Kohle ändern, die Unternehmer bis dahin billigere Produktionsmethoden gefunden haben oder die Arbeiter in dem entscheidenden Punkt des Arbeitslohnes und der Arbeitsstunden nachgeben werden. Die Situation ist im Gegenteil infolgedessen ungünstiger als im Juli als jowohl auf Unternehmer- wie Arbeiterseite ausgedehnte Vorbereitungen für einen Arbeitskampf getroffen sind, und außerdem die Regierung mit der Organisation einer Art von technischer Nothilfe ein weiteres Gefahrenmoment dazwischen gekommen hat. Nur noch eine weitere Gewährung der Subsidien könnte die Atempause verlängern. Aber es ist mehr als zweifelhaft, ob das politisch möglich sein wird: schon die ersten neun Monate Subsidien sind von der Öffentlichkeit als ein schwerer politischer Fehler empfunden worden.

Es ist unter diesen Umständen sehr fraglich, ob Baldwin seine Parteifreunde davon überzeugen kann, noch einmal Willensentumen in dieses Faß zu schütten, das unter den heutigen Verhältnissen ein Faß ohne Boden sein muß. So liegen in der gegenwärtigen Situation Risikoelemente schwerwiegender Natur. Darum ist die gegenwärtige Stille auch so unnatürlich; in einem Vierjahresjahr kann Großbritannien inmitten der schwersten politisch-sozialen Krisis stehen, die seine ganze neuere Geschichte kennt.

Friedensaktion im Osten

Deutsche und Polen in Danzig.

SPD. Danzig, 24. Januar.

Der Freistaat Danzig war am Sonntag der Schauplatz einer eindrucksvollen internationalen Kundgebung. In der großen Messehalle versammelten sich auf Einladung der Sozialdemokratischen Partei annähernd 5000 Personen. Als Redner sprachen die Genossen Dr. Breitscheid-Deutschland, Dr. Diamond-Polen und Senats-Vizepräsident Gehl-Danzig. — Brei-

sch e i d behandelte insbesondere die Auswirkungen des Locarno-Vertrages. Nicht nur die Befriedung des Westens sei das Ziel, sondern auch im Osten müsse eine Regelung auf Grund der politischen Vernunft, der wirtschaftlichen Notwendigkeiten und der kulturellen Gerechtigkeit herbeigeführt werden. Der Anfang liege in den zwischen Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei abgeschlossenen Schiedsverträgen. Die durch den Versailles-Vertrag erfolgte Regelung sei als gegeben anzuerkennen, wenn sich Deutschland auch manches anders gewünscht hätte. Eine Veränderung der Grenzen könne nur in friedlicher Regelung unter Zustimmung der beteiligten Länder erfolgen. Es sei Wahnsinn, den Korridor oder Oberschlesien mit Waffengewalt zurückerobern zu wollen. Die Existenz Europas erfordere eine friedliche Zusammenarbeit aller Völker. Danzig als Zwischenstaat sei berufen, die Brücke zwischen den beiden jetzt noch durch den Handelskrieg zerrissenen Großstaaten Deutschland und Polen zu bilden. Die sozialistische Exekutive werde die internationale Stellung Danzigs als besten Ausgangspunkt für die Herbeiführung einer politischen und wirtschaftlichen Verbindung des Ostens zu wählen haben, um so erfolgreich Aufbauarbeit für eine europäische Wirtschaftsunion leisten zu können.

Genosse Diamond-Warschau nahm in seinem Vortrag: „Die Wirtschaftsfragen der Oststaaten“ Gelegenheit, besonders die ökonomische Seite der Verständigung zu beleuchten. Das Werk von Locarno sei keine Ideologie, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Europa werde nur dann wieder gefunden, wenn es ein lebensfähiges Wirtschaftsgebiet werde. Dazu sei auch erforderlich, daß die Zoll- und Wirtschaftsgrenzen verschwinden. Die Staatsgrenzen könnten wohl das Kultur- und Verwaltungsgebiet abgrenzen, der Handel müsse jedoch offene Grenzen haben. Die Völker müßten ihre Wirtschaftspolitik ändern, wenn der Weltfrieden erhalten bleiben soll. Danzigs deutsche Zukunft sei nur gesichert, wenn Europa wirtschaftlich sich verständigt. Polen habe kein Interesse, die deutsche Kultur aus Danzig zu verdrängen, da das polnische Volk selbst auf eine Kulturgemeinschaft mit Deutschland angewiesen sei. Die Entwicklung des Danziger Hafens liege im Interesse Polens. Es schade sich selbst, wenn es den Hafen vernachlässige. Die Gegenkräfte zwischen Danzig und Polen ließen sich bei beiderseitigem guten Willen zweifellos ausgleichen.

Zwischen zwei Feuern!

Notruf der ungarischen Genossen

Die sozialistische Arbeiterpartei Ungarns hat aus Anlaß der Frankensälzungsaffäre an die Arbeiterklasse der französischen und tschechoslowakischen Republik sowie an das Proletariat der Welt einen Aufruf gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Bekanntliche Persönlichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Lebens von Ungarn, Magnaten, Staatsmänner und Offiziere in hoher Stellung, selbst der über die Vollmachten eines Polizeiministers verfügende „Landespolizeihauptmann“ haben eine Unmenge falscher ausländischer Banknoten hergestellt. Teils aus politischen Motiven, um ihren „Patriotismus“, die Arbeiterverfolgung und Unterdrückung, die politische Rechtslosigkeit, fortzuführen und zu steigern, teils aus persönlichen Gründen, um ihre maßlose Verschwendung decken zu können. Seit Monaten wird schon das Wohl der tschechischen Königstums unter dem Habsburger Abrecht verhöhnt.“

Die Arbeiter- und armen Bauernmassen Ungarns, die auch bisher schon vielfach unter 6% Zinsen konterrevolutionärer Herrschaft litten, wurden durch die Geldfälschung der Rassehäufel erneut in eine außerordentlich schwere Lage verlegt. Es droht die Gefahr, daß das internationale Kapital der Frankensälzungs-Standal dazu benutzt, Ungarn unter internationale Kontrolle zu stellen, um unter dem Deckmantel einer „Wahrnehmung der Rassehäufel“ die begonnene Kolonialisierung Ungarns durchzuführen.“

Die sozialistische Arbeiterpartei Ungarns weiß genau, daß der Sturz der ungarischen Gegenrevolution nur das Werk der ungarischen Arbeiterklasse selbst sein kann. Die Partei tut, was in ihren Kräften steht. Sie wird, wenn auch allein, furchtlos und unangetrieben kämpfen für den Sturz der Regierung, für das allgemeine Wahlrecht, für die Ausübung neuer Wahlen und für eine aus den Vertretern der Arbeitenden, der Mehrheit des Volkes, zu bildende neue Regierung.“

Zum Kampf gegen den ausländischen Kapitalismus bitten wir aber um die Unterstützung der Arbeiterklasse der ganzen Welt. Laßt es nicht zu, daß Ungarn zur Kolonie des internationalen Kapitals gemacht wird! Verhindert es, daß wegen der Frankensälzung der Rassehäufel der darbenenden ungarischen Arbeiterklasse neue „Entschuldigungs“-Lästen aufgeladen werden! Die volle materielle Verantwortung müssen jene tragen, die an der Frankensälzung beteiligt waren, die Magnaten, die Herren der Paläste und des Bodens.“

Kämpft mit uns gegen die kapitalistische Ausbeutung! Es lebe der Kampf gegen den Weltkapitalismus und die Weltreaktion! Es lebe der Freiheitskampf des Weltproletariats!“

Der große Fischzug

Erzählung von Max Barthel

(13. Fortsetzung)

Nachdruck verboten.

„Mögllich wurde die Türe aufgerissen und Glaserin stürzte in das Zimmer. Er blickte einen Augenblick verwundert auf die schweigenden Männer, dann brüllte er begeistert: „Es geht los! Es geht los! Die Fische, die Fische kommen!“

Die drei Männer sprangen auf und stießen die Toten. Bessmer und Waser rannten nach der Barakke, hielten den kleinen Dampfer in peitschender Fahrt über den verdunstenden Strom und alarmierten die „Goldene Grube“. Maxim Petrowitsch, der russische Fangleiter der Tatarengruppe lief ihnen am Strand entgegen.

„Hallo, hallo,“ rief er ihnen entgegen, „was gibt es? Hat in Deutschland die Revolution begonnen?“

„Nein,“ sagte Bessmer atemlos zurück, „aber die Fische, die Fische! Der Fischfang beginnt!“

„Heute Nacht ziehen noch keine Fische,“ antwortete mit großer Würde Maxim Petrowitsch, „aber in drei Tagen können wir ziehen. Die Netze liegen bereit. Euer Alarm hat blinde Augen. Geht schlafen, Brüder, Maxim Petrowitsch wacht.“

Bessmer liebte Sensationen und gab Ahmed den Füllfederhalter. Ahmed kannte Deutschland, das heißt, er kannte das kleine Dorf in Westfalen, in dem er drei Jahre bei einem Bauern gearbeitet hatte und er kannte auch die Linden in Berlin, wo die russische Woiwodschaft stand, sonst kannte er fast gar nichts von Deutschland und den Füllfederhalter erst recht nicht. Ahmed konnte nicht schreiben und nicht lesen und gab die schmale, schwarze Röhre, aus der Finsternis tropfte, an Ali weiter. Ali hatte keine Angst. Ali konnte lesen und schreiben. Und er schrieb auf ein Stück Papier die verschörktesten tatarischen Buchstaben und malte schmerzhaft drei russische Wörter hin. Ali wußte sich nie, aber er konnte tatarisch und russisch schreiben und lesen und von Ahmed lernte er deutsch und zählte: „Ein, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, ach, neun, zehn.“

Bessmer lobte Ali laut und lange, schenkte ihm dann etne deutsch-russische Grammatik und malte sich die Zukunft des kleinen Tataren Ali aus, der in der Steppe an der unteren Wolga die deutsche Sprache lernte.

„Gib mir auch ein Buch,“ bettelte Grischka, „auch meine Augen wollen sprechen lernen.“

„Nicht du,“ sagte schnell Ahmed, der mit dem feinen Ohr des Halbnomaden gehört hatte. „Ni will lerne daitisch.“ Dann beugte er sich zu Bessmer und sagte: „Ich kann singe daitisch. Soll Ahmed singe?“

Bessmer nickte und der Tatar sang nun in einer seltsamen, halb deutschen, halb turkmenischen Sprache das Soldatenlied von Lippe-Deimold, der wunderschönen Stadt, plusterte sich auf wie ein krähender Hahn und sah triumphierend auf seine Kameraden, die haltlos lachten und jubelten. Sie hatten ihn früher als Lügner verhöhnt, als er von einem dünnen Kupferdraht erzählte, durch den man viele hundert Wert weit sprechen konnte, sie hatten die Geschichte von den Wagen, die ohne Pferde fahren, nicht geglaubt, aber jetzt glaubten sie ihm, er hatte die Wahrheit gesprochen und konnte sich ja mit dem fremden Mann in einer lächerlichen Sprache verständigen. Sein Ansehen stieg bis in die Sterne.

Dann aber stürzte Bessmer gegen den Ruhm an und wiederholte das Lied von Lippe-Deimold, der wunderschönen Stadt, doch Ahmed, der seinen Stern fallen sah, fiel in den Gesang mächtig ein und hielt sich auf seiner stolzen Höhe. Auf diesen Gesang folgten tatarische Lieder, endlose, monotone Einzelmelodien und Chöre, die der Führer auf einer kalmlückischen Balalaika begleitete. Auch der Alte stimmte ein Lied an, einen Helbengefang auf die tatarischen Rhans, in den die armen Fischer rauch einfielen. Bessmer hatte die Fische unter dem Leib gekreuzt, hörte die fremden Lieder der singenden Rote, seinem Gedicht wuchsen die Flügel. Mostau und Nathan und Nora hatte er vergessen, auch den Auftrag und die gelbe Wüste, in die er Raussen schicken sollte. Er war namenlos glücklich. Auch Grischka hatte glänzende Augen.

Der Sturm heulte immer noch um das Zelt. Die Wasser der Wolga gingen hoch. Die wilden Hunde vergruben sich in der warmen Wärme der Feuer. Natasa aber überfiel namenlose Angst. Die anderen Hunde hatten die verwilderten Köpfe in der Wärme vergraben und schliefen schon, doch Natasa konnte nicht schlafen. Der Trost der menschlichen Stimme fehlte. Die Nacht war wie ein Urweltthier und heulte und wimmerte. Da erhob sich Natasa und flüchtete nach dem hellen Schimmer der Zelte, suchte und fand seinen Herrn und war glücklich. Bessmers Herz aber war voller Sturm. „Das sind die großen Fischzüge“, dachte er, „die gleichende Kolonne, der silberne Gegenstrom wauert die Flüsse aufwärts, und nicht nur in der Wolga. Ueberall wandern die Fische, der schwarze, fluge Weis, der rotgetupfte Stör, die schätzbaren Heringe mit dem blauen Schimmer, dann die großen Raubfische.“ Mögllich begann er zu singen, wie damals in der

Wüste. Auch dieses Lied hatte er selbst gedichtet. Bessmer sang:

Wir alle verliehen das warme Haus
Und warfen die großen Netze aus
Im brüllenden Fluß,
Wir Fischer vom Meer bis zum Kaukasus
Wir Fischer von Astrachan oder Rom.
Wir fangen den gleißenden Gegenstrom
Der Fische bei Astrachan oder Rom.

Wir fangen den Hering für den hölzernen Tisch
Wir fangen auch manch edlen Fisch
In dem brüllenden Fluß,
Am Meer und schimmernden Kaukasus.
Wir Fischer von Mostau, Berlin und Rom
Wir fangen den silbernen Gegenstrom
Der Fische bei Astrachan oder Rom.

Wir fangen auch Menschen im Strome der Zeit.
Wir Fischer sind immer zum Fischzug bereit
Im brüllenden Fluß
Am Meer und schimmernden Kaukasus.
Wir Fischer von Astrachan oder Rom,
Wir fangen den goldenen Gegenstrom
Der Menschen in London, Berlin oder Rom.

Der kleine Hund sah immer noch den Sänger mit großen ergebenden Augen an. Die Tataren lärmten Beifall. Grischka erzählte Ali von dem Lied in der Wüste und Ahmed kann auf neue Ueberraschungen.

„Will du Kalmücki Tanz sehen?“ fragte er Bessmer, als das Lied verklungen war.

„Ja,“ antwortete Bessmer und war wieder auf der Erde, „ja, ich will kalmückischen Tanz sehen.“

Ahmed klatschte in die harten Hände und aus der dunklen Ecke des Zeltes sah ein diader, weißer Tatar und stellte sich klar in das grelle Licht der Lampe. Dann fügte er seine aufgeschwemmten Glieder zum kalmückischen Tanz. Die Tataren hielten die Kalmücken. Lange Jahre waren sie die Herren Russlands gemein, die Kalmücken aber blieben das arme Helotenvolk die Komaden in der Steppe, die Fischer am Kapischen Meer, die Seehundjäger in den wüsten Lagunen, die Fischräuber in der Wolga.

(Fortsetzung folgt.)

Marionetten-Theater
Münchener Künstler
im Marmorsaal
2 Vorstellungen
täglich nachm. 5 und
abends 8 Uhr (1008)

Kolosseum
Morgen Mittwoch:
1. großes Apfelsinen-Fest
Ueberraschung - Stimmung
Ballorchester:
Die Rich.-Wagner-Kapelle
Kassenöffnung 7 Uhr Inh.: H. Reck

969

Biophon

Preise der
Plätze:
0.80, 1.00,
1.20, 1.40

Das Herz stockt vor Spannung
beim Anblick des fabelhaften Abenteuerfilms

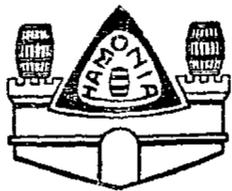
Die Lou vom Montmartre
6 gewaltige Akte aus den Lasterhöhlen von Paris

Skandal

Der große amerikanische Sensationsfilm in 6 Akten

„Sie“ als Laufmädchen
2 lustige Akten voll allerliebsten Humors 992

Das
Wahr- zeichen



Butter-Großhandlung Hammonia

Größtes und ältestes Butter-Spezialgeschäft Norddeutschlands

Am Mittwoch, d. 27. Januar, 8 Uhr morgens

Eröffnung

unserer neuen Verkaufsstelle

Lübeck, Huxstraße 73

Allerfeinste **Tee-Butter** ganz mild gesalzen
Die Qualität für den verwöhnten Feinschmecker!

Allerfeinste schlesw.-holst. **Meierei-Butter**

Hochfeine Meierei-Butter
zu billigsten Tagespreisen

Unsere eigenen gesetzl. geschützten

Margarine-Spezialmarken
sind von allerfeinster Qualität!

Die Qualität macht's, ges. gesch. . . Pfund 1.20
„Allerfeinste Tafel-Butter-Ersatz“ . . . 1.10
„Feinkost Edel“, ges. gesch. . . 1.00
„Valveira“, ges. gesch. . . 0.90
„Flammant“ zigelb, ges. gesch. . . 0.85
„Frischmilch“ . . . 0.80
„Ueberzeugung“, ges. gesch. . . 1-Pfd.-Paket 0.80
„Perne Tafel“ . . . Pfund 0.70
„Landbutter-Ersatz“ . . . 1-Pfd.-Paket 0.70
„Prima Pflanzen“ . . . Pfund 0.65

Allerfeinstes dänisches **Flomen-Schmalz** in Blasen Pfd. 1.10

Bienenweißes Schweine-Schmalz . . . Pfund 1.00
Feines Pflanzen-Schmalz . . . 0.70
„Hammonia“-Kokoslett in Tafeln . . . 0.75

Feinste Erdbeer-Marm. Glas 1.40 Allert. Zucker-Honig Pak. 0.40
Feinste Orange-Topf 1.10 Holländ. Sahne . . Dose 0.60
Feinste Viertracht . . Pfd. 0.50 „Glücksklee“ . . . 0.60

Auf alle Waren unseren bekannten Rabatt!

Butter-Großhandlung Hammonia

Größtes Butter-Spezialgeschäft Norddeutschlands
Ueber 40 eigene Verkaufsstellen (1008)

RICHARD SEIDEL
DIE
GEWERKSCHAFTEN
NACH
DEM KRIEGE

Preis Ganzleinen 6.- M.

Das Buch stellt die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter, Angestellten und Beamten in Deutschland seit 1918 dar, beleuchtet die allgemeine Lage der Bewegung, wie sie sich infolge der revolutionären Ereignisse gestaltet hat, und erörtert in einer Reihe von Abhandlungen die infolge der Veränderung der allgemeinen Situation für die Gewerkschaften aufgetretenen Probleme und Aufgaben im einzelnen. Der Verfasser stützt sich praktisch auf die Bewegung und gründet seine Darstellung auf die intime Kenntnis der Tatsachen, die sich aus einer unmittelbaren Teilnahme an der Bewegung

Buchhandlung „Lübecker Volksbote“

Johannisstraße 46

10 Min. zahlt Hersteller, wenn „Riesold“ nicht in 5 Minuten bei Mensch und Tier Kopf, Fuß, Kleider-Flöhe (Brut) vertilgt. Bestes Radikalmittel gegen Wanzen. Vertaut Gegefeuer 1

Läuse

Eine Seltgabe



Neue Welt-Kalender

50. Jahrgang (Jubiläumsausgabe)
88 Seiten stark. Reich illustriert. Vielseitiger literarischer Inhalt edler volksförmlicher Art. Beste Druckausstattung. — Gratisbeigaben: ein Wandkalender und ein künstlerisches Olfetbild in sechs Farben nach einem Aquarell von Franz Beck. — Preis 80 Pfennig.

Buchhandlung

Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Ulster Paletots

gut und preiswert (1008)
16-Bekleidungs-werkstätten
Engelsgrube Nr. 44

Zigaretten

Zigarren
C. Wittfool
ob. Huxstr. 18.

Bücher

von
Hans Reimann

den unterwüthigen
in d. i. i. e. n.
Hauswitten
Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstr. 46

Töpferarbeiten

Defen reinigen u. reparieren, transportable Kachelöfen bill. abzugeben.
H. Schneider, Töpfermstr.
(1008) Danforthstraße 49.

Konserven

in Dosen
2-1/2-D. Gem.-Erbsen 0.60
1-1/2-D. Gem.-Erbsen 0.35
2-1/2-D. Junge-Erbsen 0.70
1-1/2-D. Junge-Erbsen 0.40
2-1/2-D. Erbs. mittelf. 0.95
1-1/2-D. Erbs. mittelf. 0.55
2-1/2-D. Erbs. u. Kar. 0.75
1-1/2-D. Erbs. u. Kar. 0.40
2-1/2-D. Bredbohnen 0.75
2-1/2-D. Schnittbohnen 0.75
2-1/2-D. Wachsbohnen 1.10
2-1/2-D. Spinat . . . 0.65
2-1/2-D. Grünsohl . . . 0.55
2-1/2-D. Zwetschen . . . 0.80
2-1/2-D. Apfelsinen . . . 0.88
2-1/2-D. Kürbisse . . . 1.10
2-1/2-D. Mirabellen 1.25
2-1/2-D. Reiserisenden 1.25

Edward Speck
(1008) Süßstraße 80/84

Neuer Grundeigentümer-
Verein Lübeck u. Umg. v. 1919
e. B.

Monatsversammlung
am Mittwoch, dem 27. Januar, abends 8 Uhr
in den Zentralhallen.

Wichtige Tagesordnung, welche in der Versammlung bekannt gegeben wird.
NB. Nur den Mitgliedern zugesandte letzte grüne Ausweisarte berechtigt zum Zutritt.

Voranzeige!
Vereinigung der Kraftfahrer u. Monteur
zu Lübeck
Großer

Masken-Ball
verbunden mit Kappenfest für Zuschauer
am Dienstag, dem 2. Februar
im Konzerthaus „Flora“
Anfang 8 Uhr Demaskierung 11 1/2 Uhr
Ende ? ? ?
8 Uhr 44 Min. 59 Sekunden
Eingug des Prinzen Karneval mit seinem Gefolge

Stimmung Ueberraschung Humor
Maskenanz. u. Frieseur f. Dam. u. Herren i. Hof.
Borvert. b. Zigarrenh. Nagel, Am Markt,
A. Sprengel, Rest. Sadowa u. Siems, „Flora“

Luisenlust
Mittwoch: Gr. Tanztränzchen Eintritt n. Tanz frei

Der letzte Gorki-
eine Mark

Roman wird den Mitgliedern des „Bücherkreises“ zum erstenmal in Deutschland vermittelt für

Mitgliedsbeitrag im Monat,
3 Mark insgesamt im Vierteljahr

Anmeldungen für den „Bücherkreis“ (1 Mark Monatsbeitrag) bei der Zahlstelle „Der Bücherkreis“

Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Felle und Haare
kauft zu allerhöchsten Tagespreisen
Josef Wagner
Spezial-Fell- und Haar-Großhandlung
Dankwagsgrube 26 Tel. 3414 Holstenstraße 8

Marionetten-Theater
Münchener Künstler
im Marmorsaal
2 Vorstellungen
täglich nachm. 5 und
abends 8 Uhr (1008)

Niederbuch

Republikantisches
Eine Sammlung von ersten und heiteren Niederbüchern für vaterländische Feten u. kameradschaftliche Veranstaltungen, die unter den Farben:
Schwarz, Rot, Gold
stattfinden. :
Preis 80 Pfennig mit Notizen 70 Pf.
Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Ortsgruppe Käcknitz

Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, dem 28. Januar, abends 8 Uhr bei Dieckelmann.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1925.
2. Neuwahl d. Disstriktsleitung.
3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.
4. Anträge zur Generalversammlung.
5. Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch bittet
1000
Die Ortsgruppenleitung

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Filiale Lübeck.

General-Versammlung
am 27. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus

Tagesordnung
1. Abrechnung vom 4. Quartal
2. Geschäftsbericht
3. Neuwahlen
4. Innere Verbandsangelegenheit
Bücherkontrolle!
1017) Der Vorstand

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands
Ortsgruppe Lübeck

General-Versammlung
am Donnerstag, dem 28. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1925
2. Geschäftsbericht für 1925
3. Wahlen des Vorstandes
4. Innere Verbandsangelegenheiten
Mitgliedsbücher vorzeigen (1008)
Die Ortsverwaltung

Stadtheater Lübeck
Mittwoch 6.30 Uhr
Lohengrin.
Donnerstag 8 Uhr
Don Cesar.
Freitag 8 Uhr
Zurück zu Methusalem (1. Teil)
Sonabend 8 Uhr
Uchi Kurt Lang-Hamburg a. G.

Erwerbslosen- und Wirtschafts-Debatte in der Bürgerschaft

Die kapitalistische Gesellschaft vor dem Bankrott / Steigende Erwerbslosenzahl / Vorschläge zur Binderung der Not und Hebung der Wirtschaft / Die Leistungen unseres Staates — auch für Gewerbe und Handwerk

l. Lübeck, 26. Januar.

War es die Erkenntnis der Schuld oder stille Sühne, die die Rechtsparteien gestern zum Schweigen zwang? Die Aufbauparteien, sonst immer groß in Worten und herablassend in Gesten, sie ließen kopfschüttelnd das Gewitter vorüberziehen. Vielleicht war es auch stolze Erhabenheit, mit der die Wirtschaftsgrößen dem Elend entgegenstarrten. Rette sich wer kann! Wenn es nach dem stillen Verzweiflungskampf der Rechtsparteien gehen sollte, dann allerdings wäre nicht mehr viel zu retten. Da bekunden die Arbeiter doch anderen Mut! Sie wurden stets verlästert, beschimpft, daß sie in ihrer Not Hilfe vom Staat fordern, der sie in das Elend hineinjagte, durch Krieg, Inflationsgaunerei und übermühtige Herrenmacht. Nun diese Herrenmacht am Ende ihrer Weisheit steht, da schweigt des Sängers Höflichkeit. Man schickt einen vom Handwerk selbst verleugneten Innungsmeister vor, den Herrn Rosenquist, der in seinem grenzenlosen Haß gegen die Arbeiter und deren Werke nichts anderes als eine elende Verleumdung gegen einen sozialdemokratischen Senator und gegen eine Arbeitergenossenschaft vorzubringen weiß — und der sich von einem bürgerlichen Senatsmitglied sagen lassen muß, daß der Angegriffene der erste Streiter für die Hebung der Wirtschaft ist. Man schickt einen jungen Doktor vor, Herrn Dr. Bauer, der es zuwege brachte, daß die volksparteiliche Wochenschrift: „Der Aufbau“ nur noch alle Schaltjahre und in einem jämmerlichen Umfang erscheint. Begründet, um die Sozialdemokratie theoretisch — vom anderen reden wir nicht — zu erwürgen, steht dieser Aufbau heute genau so verpufft aus wie die Wirtschaft selbst. Viel hatte der Herr Doktor nicht zu sagen: einen Auszug aus der Doktorarbeit gegen den Marxismus oder die ergebnislose Ethisierung der Menschheit, und im selben Atemzug die Bitte, den Staatssozialismus zugunsten des Kapitals zu pflegen. Denn helfen kann es sich selbst nicht mehr. Nachdem die Bereicherung aus dem Massenmord fehlgeschlagen, ist es im eigenen Blut erstickt. Und so liegen neben den Millionen Toten und Verkrüppelten die Wirtschaftler und neben ihnen 2 Millionen hungrierender Erwerbsloser.

Welches himmelschreiende Unrecht da verbrochen wurde, das wurde gestern den schönen Seelen ins Ohr gepustet. Die Kommunisten taten es auf ihre Art. Und plauderten als letzte Weisheit daselbe Mittel aus, das die Zerknirschten von Rechts im Busen verwahren: Diktatur! Man hörte alles gebuldig an. Ohne jede Erregung schwebte der Hauch zweier großer kommunistischer Reden über dem Saal. Die Unentwegtheit derartigen Ansprüchen bringt es mit sich, daß man hört und staunt und verzagt. Unser Fraktionsvorsitzender Genosse Haut faßte die losgelassenen Zügel der Sowjetperle ernsthaft an und kuschelte ins Land der Wirklichkeit. Sagte insbesondere Herrn Klann, daß die verlogene kommunistische Renommiererei um die Gunst der Erwerbslosen eitel Selbstüberhebung sei. Die Anträge, die die Mostauer stellten, sind Selbstverständlichkeiten und von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion schon längst getätigt. Lübeck kann da nur sachte ausgleichend wirken, Schönheitsfehler am Orte sind und werden ohne joweltistischen Einfluß beteiligt.

Sozialdemokratischen Vertretern wird man vergebens mangelndes Verständnis gegenüber der Erwerbslosennot vorwerfen. Das ergibt sich auch aus den vom ADGB an den Senat gerichteten Vorschlägen. Sie arbeiten in jeder Beziehung für die vom Kapitalismus Ausgestoßenen, halten sich allerdings, um nicht alles zu verderben, an die Gesetze. Fallen diese nicht nach Wunsch aus, dann liegt es an den Hunderttausenden, die trotz ständiger Himmels ihr Wohlrecht nicht auszunutzen verstehen. Aber auf den Parlamentarismus geben die Kommunisten ebensowenig wie der Sowjetsekretär Stalin, nach dessen Ausspruch — wie Genosse Haut treffend hervorhob — die deutschen Arbeiter ruhig im Elend verkommen können, wenn sie sich nicht der Mostauer Diktatur unterwerfen.

Geändert wurde durch diese kommunistischen Reden gar nichts. Sie konnten nach ihrem Vorkurs nichts anderes tun, als der Senatsvorlage auf Bewilligung der 300 000 Mark zur Fortführung der Lübecker besonderen Erwerbslosenfürsorge zustimmen. So gering sie im Verhältnis zu einem ordentlichen Wirtschaftseinkommen ist, vorbildlich für andere Länder ist sie doch und wird von ihnen übernommen. Unstimmigkeiten, die sich sonst bei 5000 Erwerbslosen ergeben, werden ausgeglichen. Genosse Senator Hoff gab beachtenswerten Aufschluß und Direktor Dr. Link verglich mit seinem bürgerlichen Herzen — in dem bestreutungslos ehrlicher Wille und Tatkraft wohnt — die Lübschen Verhältnisse mit denen anderer Städte und Staaten. Lübeck kann sich sehen lassen. Diese Tatsache darf natürlich kein Anlaß sein, das große Elend unter den Erwerbslosen unserer Stadt zu beschönigen. Aber wir wollten einmal sehen, wie es aussähe, wenn die Sozialdemokratie mit ihrer praktischen Arbeit nicht der Treiber wäre!

Die Demokraten brachten Behmutszahlen und Auslandswechsel. Senator Dr. Kalkbrenner löschte dieses Trugbild mit einem Strich aus. Er erzählte aber auch — was wir weiter oben andeuteten —, daß die Herren sozialistenreferierenden Mittelständler von der Volkspartei aufwärts, die die 2500 Mark Mehrausgaben von der Weihnachtunterstützung der Erwerbslosen nicht bewilligten, ganz gute Kostgänger des Staates sind. Mit sieben Millionen Mark hat ihnen dieser bereits unter die Arme gegriffen. Das ist doch kein Pappenstiel. Aber zu wenig für manche zweifelhafte Existenz. Und diese Herrschaften reden von der Vernachlässigung des Mittelstandes? An der Staatskrippe saßen sie immer gern, sie sind nur wütend, weil man ihnen jetzt ein bißchen auf die Finger schaut.

Nun noch einige Kleinigkeiten: mit Unterstützung der Kommunisten ging die zweite Lesung des Witternischen Antrages betr. Nachtrag zum Bürgerrechtswahlgesetz durch. Damit kann die Listenverbindung der Parteien wieder stattfinden. Die Mostauer werden nicht viel Gewinn daraus ziehen. — Praktische Bekämpfung der Arbeitsnot wurde durch die Annahme des Senatsantrages für den Bau einer Getreidem-

schlaganlage auf der Balzhalfinsel getätigt, 250 000 Mark sind dafür veranschlagt. Man wird mit dieser Summe wohl nicht auskommen, aber Arbeit wird in aller nächster Zeit geschaffen. Und das ist die Hauptsache.

*

Der Wortführer G. Ehlers verweist auf eine Eingabe des Fabrikarbeiter-Verbandes Deutschlands, die sich mit der Erhöhung der Erwerbslosen- und Kurzarbeiter-Unterstützung befaßt. — Dr. Wittern (Völk.) erhebt Einspruch gegen die Behandlung des Senatsantrages über den Nachtrag zum Fiskusgesetz, bis der schriftliche Bericht des Ausschusses vorliegt. — Ein dringlicher Antrag der Kommunisten betr. Erwerbslosenunterstützung der Seeleute findet nicht die genügende Unterstützung. — Haut (Soz.) macht auf die Eingabe der Lichtspieltheaterbesitzer über Herabsetzung der Steuer aufmerksam. Der Haushaltsausschuß beantragte Uebergang zur Tagesordnung, da eine Revision des Vergütungssteuergesetzes in Aussicht stehe. Die Bürgerschaft schließt sich dem an.

Senatsanträge

Neuregelung der Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgung des Konjunkturerwerbslosen- und Gewerbetätiger Rats Dr. Alendorf. — Wird angenommen.

Erlaß eines Angestelltenverordnungsgesetzes. — Wird mit einer von Frost (Soz.) begründeten Abänderung der sozialdemokratischen Fraktion angenommen.

Erwerbslosenhilfe

Notstandsmaßnahmen für Erwerbslose, sowie Sozial- und Kleinrentner (300 000 M.). Mit diesem Antrag verbunden werden das Ersuchen über Maßnahmen zur Steuerung der Kreditnot des Mittelstandes und ein vom Bürgerausschuß nicht empfohlener Antrag Harz betr. Einsetzung eines besonderen Ausschusses zur Prüfung der Erwerbslosenfrage.

Senator Dr. Vermeiren beantragt die Summe für die Weihnachtsonderunterstützung von 60 000 M. auf 82 290 M. zu erhöhen. — Rosenquist (D.N.) behauptet, Senator Henze sei der Bekämpfung der Erwerbslosigkeit hindernd in den Weg getreten. Einem Bekannten des Redners sei der Bauzuschuß verweigert worden, angeblich weil es ein Spekulationsobjekt sei. Bei der Arbeitsbauseinsparung (Zuruf: Aha!) würden die Beamten auch nicht umsonst leben. Dieses Geld müsse auch aus den Bauten herausgeholt werden. Senator Henze habe durch sein Verhalten einer Anzahl Unternehmer und Arbeiter den Verdienst genommen. — Böken (Dem.) bedauert, daß der Senat nicht zu einer größeren Unterstützung der Erwerbslosen zu Weihnachten aufgeschwungen hat. Arbeitslose ledige über 21 Jahre hätten 6,48 M erhalten. Diese Sonderunterstützung sei dann je nach Kinderzahl bis auf 14,48 M gestiegen. Das Abwägen und Abwarten des Senates müsse ein Ende haben. Es müsse etwas geschehen, um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Für die Erwerbslosen müsse mehr getan werden. Wenn es darum gehe, Fürsten aufzuwerten und Mätrissen zu unterstützen, seien gewisse Kreise schneller bei der Hand. Erwerbstätigen Ehefrauen soll man ihren Erwerb nicht beschneiden. Jeder sehe das Reichsgesetz eine Kürzung der Erwerbslosenunterstützung bei Arbeit der Ehefrau oder beim Bezug von Krankengeld vor. Die Arbeitgeber stellen aber andererseits auch Ehefrauen, deren Mann in Verdienst stehe, ein und bezahlen ihnen weniger Lohn, während ledige Mädchen brotlos herumstehen. Die Schlupper Käseereien beschäftigten sehr viel Westfalenfrauen und Mädchen, während die Lübecker der Erwerbslosenfürsorge anheimfallen. Die Firma Lohmann hole sich die Arbeiterinnen gar aus Berlin. Unter den Erwerbslosen seien viele in hohem Alter, die Ehrendiplome für 25jährige Dienstzeit im Hause hängen hätten. Aber einstellen tue sie kein Unternehmer mehr. Die Rechtskreise müßten sich dieser Leute annehmen. Der Landbund jammere, daß zu wenig Ausländer hereinkommen. Er sollte lieber seine Landsleute besser behandeln und bezahlen, dann bleibe unter bestes Blut auch im Lande. — Direktor Dr. Link unterstreicht die Tatsache, daß einer besseren Erwerbslosenunterstützung die reichsgesetzlichen Bestimmungen entgegenstehen. Eine bessere Ausge-

teilsantrag über die Erwerbslosenunterstützung der Seeleute. Die Arbeiterpartei könne ihre Hilfe nicht nur aus der parlamentarischen Kraft holen. Alles Gerede im Parlament sei nur Gewäsch. Hilfe könnten die Arbeiter nur durch ihre organisatorische Macht holen. Ihnen Ziel zu weisen sei Aufgabe der kommunistischen Partei. Der Redner stellt den Antrag, den Vertreter Lübecks im Reichsrat anzuweisen, dafür einzutreten, daß die Erwerbslosenunterstützung sofort um 50 Proz. erhöht würde. Im Kampfe um die Macht werde die kommunistische Partei die Führung übernehmen.

Haut (Soz.) hält den kommunistischen Antrag auf Errichtung weiterer Zahlstellen für die Erwerbslosenunterstützung für selbstverständlich und hätte ein Vorgehen durch das Arbeitsamt ohne besonderen Anstoß lieber gesehen. Auch den Antrag auf Erhöhung der Erwerbslosenzahl unterstütze die sozialdemokratische Fraktion. Es sei aber anmaßend von Klann so zu tun, als ob nur die Kommunisten für eine derartige Erhöhung eintreten würden. Die Anträge der Sozialdemokratie im Reichstage seien im Einvernehmen mit den Kommunisten erfolgt. In einem Angriffe auf die Sozialdemokratie habe absolut keine Veranlassung vorgelegen. Der weitere Antrag Klanns über die Gleichstellung der erwerbslosen Seeleute mit den übrigen Erwerbslosen sei längst erledigt. Die Bürgerschaft habe mit Zweidrittelmehrheit beschlossen, den Lübschen Vertreter im Reichsrat anzuweisen, dahin zu wirken. Das sei auch geschehen. Man könne doch nicht alle 14 Tage denselben Antrag behandeln. Nun müsse das Reich erst entscheiden, ehe man mit neuen Anträgen komme. Wir unterscheiden uns allerdings darin von der Auffassung Klanns, ob Lübeck über das vom Reich Beschlossene hinweggehen kann. In der Grundtendenz der Anträge sind wir uns einig, nicht aber über das Hinwegschreiten des Gesetzgebenden. Die Erwerbslosigkeit ist ja katastrophal hereingebrochen, daß sie jeden denkenden Menschen tief erregt und die Frage nach Abhilfe erregt. Da muß aber auch die Ursache ergründet werden. Wir haben nicht die erste wirtschaftliche Krise in Deutschland und in der Welt. Das ganze kapitalistische System besteht aus nichts anderem als aus einer Folge von Krisen, deren unangenehme Seiten die Arbeiterpartei zum allergrößten Teil zu tragen hat. Deshalb haben auch die Interessensvertreter der Arbeiterpartei über die Beteiligung dieser Gesellschaftsform nachgedacht. Heute treten zwei Hauptindrücke in den Vordergrund. Der eine geht vom amerikanischen Präsidenten aus, der in der Osterbotschaft verkündete, daß Amerika infolge der technischen Vervollkommenung seiner wirtschaftlichen Einrichtungen in der Lage sei, die ganze Welt mit den nötigen Produkten zu versehen, ausgenommen die Ernährungsmittel. Da Coolidge zu zwei Dritteln recht hat, müssen wir uns nach anderen Staaten umsehen, die das letzte Drittel liefern können. Da käme Deutschland oder England in Frage. Da die Werte nur durch die Faust der Arbeiter erzeugt werden, frage man sich, ob das kapitalistische System das alleinseligmachende ist, oder ob es dringend der Abänderung bedarf. — Vor kurzer Zeit lagte auf dem Kongreß der Sowjet-Union der Generalsekretär Stalin, Deutschland habe sich eingebildet, Rußland sei so fürcht und würde die nötigen Produkte von ihm beziehen. Daran denke Rußland nicht, es baue sich eine eigene Wirtschaft auf. Man kann wohl verstehen, wenn ein Vertreter des Kapitalismus wie der amerikanische Präsident sich derartig ausdrückt, aber für die Worte eines Verkünders des Marxismus in Rußland sei es einem das Verständnis. Geht die Entwicklung so weiter, werden die technischen Einrichtungen so vervollkommen, daß die Maschinen die Produktion unter Ausschluß menschlicher Arbeitskraft unermesslich vermehren, wird der größte Teil der Menschheit erwerbslos bleiben. Argentinien heizt nach wie vor keine Lokomotiven und Kessel mit Mais und in Deutschland beziehen wir die Nahrungsmittel und Futtermittel zollbeschwert aus dem Ausland. Und ein solches widerwärtiges System soll richtig sein? Der Arbeiter ist nicht nur auf die Welt gekommen, um von morgens bis abends zu schuften, sondern er hat auch das Recht, darüber nachzudenken, wie das alles vernünftig geregelt werden kann. Die Kommunisten müßten sich mit ihrem Generalsekretär auseinandersetzen. — Rosenquist gegenüber erklärt der Redner, daß es bisher nicht üblich gewesen sei, den Vorsitz führenden Senator für einen Beschluß der Behörde verantwortlich zu machen. Uebrigens sei dieser Beschluß einstimmig gefaßt worden. Auch der Beschluß der Baubehörde werde nicht anders lauten wie derjenige der Finanzbehörde. Es wurde festgestellt, daß der Herr, der bauen wollte, sich von den Interessenten Darlehen in solcher Höhe geben läßt, daß für ihn ein großer Verdienst übrig bleibt. Eine derartige Methode ist bei den anderen Baugesellschaften nicht üblich. (Beifall bei den Soz.)

Federzani (Grundbes. u. Wirtschaft.) wünscht praktische Vorschläge zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit. In den Kreisen des privaten Baugewerbes herrsche große Unzufriedenheit, weil einzelne Baugenossenschaften bevorzugt würden. Man müsse sich fragen, ob nicht Gesetze zu schaffen seien, um den Wohnungsbau zu heben. Viel sei da vorbildlich. — Dr. Bauer (Völksp.) befaßt sich mit der Frage des Marxismus, der nicht durchzuführen sei, weil die Menschen nicht ideal genug seien. Die Form der Arbeitsfürsorge sei richtig. Die staatliche Kreditanstalt müsse nach Möglichkeit Darlehen zu billigen Zinsen geben und dürfe nicht nur Grundstücksbesitzer verlangen. Ein Teil der im kommenden Haushaltsplan vorgesehenen Instandsetzungsarbeiten sollte jetzt schon in Angriff genommen werden, um dem Mittelstand zu helfen. — Harz (Grundbes. u. Wirtschaft.) ist der Meinung, daß die Leitung der Arbeitsbehörde den Suchenden immer ein williges Ohr leibe. Die beste Hilfe sei Arbeit. Durch den Fortschritt der Technik würden immer neue Kräfte überflüssig. Im kaufmännischen Beruf hätten die weiblichen Kräfte die männlichen an Zahl überflügelt. Unerbört sei der 60prozentige Abzug der Erwerbslosenunterstützung bei Tätigkeit der Ehefrau. Das Plenum der Bürgerschaft könne die Erwerbslosigkeit nicht beseitigen. Sie zu mildern, müsse sich eine Kommission zusammensetzen. Notwendig seien Vorarbeiten zur Errichtung von Straßenzügen mit Reihenhäusern. Dann arbeite man zugleich an der Beseitigung der Wohnungsnot. — Senator Hoff betont, die Zahl derjenigen, die keinen Anspruch auf Unterstützung hätten, sei nur gering. Es handele sich um 114 Erwerbslose, die vom Wohlfahrtsamt beschäftigt werden, damit sie in die Fürsorgeberechtigung kommen. Darunter sind 25 Händler, 18 aus der Strafanstalt Entlassene und eine Reihe Zugewanderter. Die Einrichtung der West-

Sozialdemokratischer Verein

Heute Dienstag, abends 7.30 Uhr
im Gewerkschaftshaus

Generalversammlung

Vortrag des Genossen Dr. Leber
Jahresbericht — Vorstandswahl

Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen. — Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand

Stellung der Erwerbslosenunterstützung müsse erfolgen. Bis dieses geschehen sei, könne Lübeck nichts anderes tun, als durch entgegenkommende Behandlung in der Erwerbslosenfürsorge Mängel zu überwinden, ohne die gesetzliche Grundlage preiszugeben. Für die Firma Lohmann seien vorübergehend geeignete weibliche Arbeitskräfte nicht vorhanden gewesen, so daß man diese durch gewerksmäßige Stellenvermittler herangezogen habe. Es sei jetzt eine Vereinbarung mit Lohmann getroffen, wonach in Zukunft Einstellungen nur durch die Vermittlung des hiesigen öffentlichen Arbeitsnachweises oder auswärtiger Ämter erfolgen. — Klann (Komm.) hält eine Besserung der Erwerbslosenfürsorge auch durch eine Erwerbslosenversicherung für ausgeschlossen. Den Weg der Verelendung müßten viele Kleingewerbetreibende und Handwerker gehen. Durch besondere Maßnahmen der Unternehmer gehe auch ein Teil der Arbeiter der Erwerbslosenunterstützung verlustig. Eine wirksame Abänderung könnten die Arbeiter nur im schärfsten Kampf gegen das Unternehmertum durchzuführen. Die Zuwendungen zu Weihnachten seien ungenügend gewesen. Die Abwicklung bei der Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung müsse schneller vor sich gehen. Es müßten mehr Zahl- und Stempelstellen eingerichtet werden. Der Redner beantragt, Gewerbetreibenden, Kleinrentnern, selbständigen kleinen Handwerkern usw., die ihre Existenz aufgeben mußten, Arbeitslosenunterstützung auch dann auszusprechen, wenn keine Beiträge entrichtet wurden. Weiter begründet der Redner seinen Dringlich-

fahrtsarbeit habe segensreich gewirkt. Dem Antrag auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung stehe die Arbeitsbehörde durchaus wohlwollend gegenüber, da sie wisse, daß die zurzeit gezahlte Unterstützung nicht ausreichend sei. Die Erhöhung weiterer Zahlstellen sei im Arbeitsamt geprüft worden, man glaube jedoch, vorläufig auszukommen, wenigstens seien Beschwerden bisher nicht eingegangen. Bei der Auszahlung der Unterstützung sollten sich die Erwerbslosen etwas nach der Zeit richten, dann lasse sich auch dieser Verkehr gut abwickeln. Arbeitsbehörde und Wohlfahrtsamt seien bemüht, die Bestimmungen, an die sie gehalten sind, im besten Sinne auszuüben. — E. H. O. (Dem.) glaubt nicht, daß mit dem Schwenden des Winters die Arbeitslosigkeit befestigt wird. Sie würde im Gegenteil größer werden. Nach dem verlorenen Krieg und der Inflation seien wir arm geworden. Diese Tatsache wurde erst sichtbar mit der Stabilisierung der Währung. Die Fehler der Wirtschaft lägen in dem Produktionsprozeß. Die Industrie sei auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig. Mit eigenem Kapital seien die Schäden nicht wettzumachen. Anders sehe es mit dem Staat. Dieser habe 1914 eine Belastung von 74 Millionen gehabt, heute stehe er um 50 Millionen günstiger da. Den außergewöhnlichen Zuständen müßten außergewöhnliche Mittel entgegengesetzt werden. Man müsse den Wohnungsbau bedeutend mehr fördern und hierfür eine Auslandsanleihe aufnehmen. Dadurch würde das Wirtschaftsleben ungemein gefördert. Auch heute würde schon mit kurzfristigen Anleihen ein Teil dieser Aufgaben gelöst. Deshalb sollte man versuchen, eine langfristige Auslandsanleihe aufzunehmen. Die beste Lösung der Erwerbslosenfrage sei Arbeitsbeschaffung. Die Verbesserung der Hafeneinrichtung, Errichtung neuer Dampferlinien oder Subventionierung bestehender könnte ebenso aus Anleihemitteln erfolgen, wie die notwendige Regelung des wachsenden Verkehrs, die Zwemung zum Postentor, der Kronsforder Allee usw. — R. O. (Komm.) polemisiert gegen einzelne Vordränger. So, wie man hier veruche, die Probleme zu ändern, seien sie nicht zu meistern. In den resignierten Ausführungen, die Dr. Neumark früher gemacht habe, liege die Tatsache, daß Deutschland keine ehemalige wirtschaftliche Macht nicht wieder erreichen werde. Deutschland werde ein Erwerbslosenerbe bleiben. Man müsse nach gänzlich neuen Wegen Umschau halten. Das alte Europa trafe an Arterienverkalkung, die Länder lägen sich wirtschaftlich immer mit dem Krieg auf der Nase. Ein Pan-Europa von dem einige träumten, werde nicht entstehen. Da dies nicht möglich sei, könne heute nichts anderes geschehen, als die Lage der Erwerbslosen etwas erleichtern. Und wenn die Gefahr des Brandes bestehe, müsse man eben über die gesetzlichen Bestimmungen hinweggehen. Im weiteren verteidigt der Redner den Standpunkt der Sowjet-Union. Der Standpunkt Stalins sei auch den deutschen Erwerbslosen gegenüber berechtigt. Es wäre ein schlechter Wirtschaftsführer, der anders denken und handeln würde. Anders wäre es, wenn Deutschland ein Bündnis mit Rußland eingegangen wäre. Da die stümperhaften Versuche zur Befestigung der heutigen Zustände nicht genügen, bleibe nur ein Bund der Völkervereinigung als letztes Mittel.

Senator Dr. Kalkbrenner bemerkt, die Gewährung von Krediten müsse äußerst vorsichtig gehandhabt werden, das liege auch im Interesse der Geldnehmer selbst. Viele Firmen hätten sich von den Gewohnheiten der Inflation noch nicht trennen können und gingen auf große Summen aus. Es müsse verhindert werden, daß angehende Firmen Kredit bekommen oder ein Mißverständnis zum eigenen Kapital erzeuge. Wer in der Kreditnahme Maß gehalten hat, ist auch gesund geblieben, andere Firmen sind verschwunden oder liegen am Boden. Vom Lübecker Staat und der Kreditanstalt sind der Lübecker Wirtschaft insgesamt 7 Millionen Reichsmark zugeführt worden. Darunter sind die 2½ Millionen staatlicher Kaudarlehen nicht enthalten, da sie ausschließlich aus der Steuer arkommen. Diese Tätigkeit kann jeden Vergleich mit anderen Orten aushalten. Nun heißt es, der Staat müsse mehr tun, Auslandsanleihen aufnehmen. So bestehend dieser Gedanke ist, aus währungsrechtlichen Gründen ist er nicht durchführbar. Auch der Reichsbankpräsident wendet sich dagegen. Auslandsanleihen dürfen nur zu produktiven Zwecken aufgenommen werden, und zu diesen zählen Wohnungs-, Schulbauten und Krankenhäuser nicht. Das Reich ist in einem anderen Land, das verucht, Auslandsmittel zu erhalten, mit den härtesten Mitteln eingeschritten. Es ist auch schwierig, Inlands-gelder langfristige und zu günstigen Bedingungen zu erhalten. Für den Wohnungsbau sind 400 000 RM. bereitgestellt und es sollen noch weitere Mittel hergegeben werden. Es sollen im laufenden Jahr 500 Wohnungen gebaut werden. Im Wohnungsbau sieht Lübeck heute noch an erster Stelle. Rosenauß erwidert der Redner, daß gerade Herr Senator Henze in norddeutscher Reihe derjenigen stehe, die die Erwerbslosigkeit zu bannen suchen. (Zuruf links: Sehr gut!) Der Allg. Deutsche Gewerkschaftsbund habe an den Senat eine Eingabe gerichtet, die sich mit der Erwerbslosenfrage beschäftige und mit der sich die Finanzbehörde in den nächsten Tagen beschäftigen werde.

Direktor Dr. Link wünscht weniger pessimismus, wenn man zu erträglichen Verhältnissen kommen wolle. Im Reich hat sich die Erwerbslosenzahl erheblich verschlechtert. In Lübeck ist zum Glück die Arbeitslosenzahl noch nicht so groß wie 1925. Allerdings fallen hier auf 1900 Einwohner 273 Hauptunterstützungsempfänger, im Reich 232. Im Verhältnis zu gleich großen Städten und besonders zu anderen Hafenstädten steht Lübeck aber besser da. So zählt Hamburg auf 1000 Einwohner 31 Hauptunterstützungsempfänger, Kiel 42, Randsbü 57. Ein großer Teil Arbeitsloser kommt aus dem Bauwesen, das mit der besseren Witterung wieder belebt wird. Ebenso ist zu erwarten, daß im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe in der nächsten Zeit Einstellungen erfolgen. Die Vermittlungstätigkeit des Arbeitsamtes ist immer in Bewegung. Leider wird in nächster Zeit ein Betrieb, der mit Lübecks Wirtschaft eng ver-

knüpft ist, nahezu ganz stillgelegt. Lübeck hat in bezug auf die Erwerbslosenfürsorge vorbildlich gewirkt. Sein System wird auch anderwärts eingeführt. Ausgesteuerte gibt es so gut wie nicht. Ein Raum zur weiteren Vberfertigung ist bereit und wird benutzt, sobald ein Bedürfnis vorliegt. Die Hauptfache ist die Beschaffung möglichst produktiver Arbeit. Lübeck arbeitet in der Reichsregierung ständig an der Besserung der Erwerbslosenfürsorge.

Die Senatsvorlage wird einstimmig angenommen. Der Antrag Harz auf Einziehung eines besonderen Ausschusses abgelehnt. Angenommen wird das Ersuchen auf Errichtung mehrerer Zahlstellen, auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und die Einbeziehung der Kleingewerbetreibenden usw. Der Antrag betr. Seeleute wird auf Antrag Haut dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Rostgeldtarif für die Hellanstalten

4. Erhöhung der Rostgeldtarife für die Hellanstalten. — E. H. O. (M.) wünscht eine Erhöhung nur für die 1. und 2. Klasse. Eine Verteuerung der Medikamente sei nicht eingetret. Der Redner beantragt Ausschlußberatung. Das gleiche fordert Frau G. r. e. w. e. (Komm.). Die Verhältnisse der Lungenfürsorge seien unerhört, die Artkosten so hoch, daß sie kein Arbeiter bezahlen könne. — E. H. O. (M.) bemängelt die niedrige Bezahlung einiger Angestellten, denen auch die Sonder-zuwendung am Weihnachen nur zur Hälfte ausgeschütt worden sei. — Senator Strauch wünscht diese Vorwürfe ebenfalls in einer Kommission besprochen. Die Lungenfürsorge unterstehe nicht dem Krankenhaus. Die von Schloßer kritisierte Bezahlung der Angestellten beruhe auf einem Vertrag. — Die Vorlage wird dem Ausschuß für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege überwiesen.

Seefahrtsschule. — Getreidesilo

Ausbau der Seefahrtsschule. — M. a. n. g. (Soz.) beantragt zur Klärung gewisser Fragen Ausschlußberatung. Die Reichsregierung fordere grundlegende Änderungen, nehme den Einzelstaaten die Oberhoheit, bestimme die Einrichtung der Schule, bürde den Staaten aber die großen Kosten auf. Die Verschärfung der Bedingungen mache es vielen unmöglich, die Schule zu besuchen. So werde z. B. für die Erlangung des 3. und 4. Patent eine jährliche Werkstattelehre verlangt, während bisher eine jährige Werkstattelehre genügt habe. Bis zu 72 Wochen Schulbesuch fordere das 1. Patent und 112 Wochen das Ingenieur-patent. Man habe eine Verdoppelung der Schulzeit eingeführt und außerdem sämtliche Privatschulen beseitigt. Bei unserem Schiffstrafme würden 250—300 Schüler in Frage kommen. Bei den verschärfsten Bestimmungen sei es fraglich, ob so viele Schüler die Schule besuchen. 10 Schulen kämen dafür in Betracht davon entfielen die Hälfte der Schüler auf die drei größten, so daß sich 150 Schüler auf 7 Schulen verteilen würden. Der Etat würde durch die 7 Lehrkräfte sehr stark belastet. Ob wir diese Last tragen könnten, müsse erst geprüft werden. — Ferner stellt und begründet der Redner ein Ersuchen, die Kesselüberwachung ganz in staatliche Obhut zu nehmen und den Vertrag mit dem Ueberwachungsverein Altona zu lösen. — Senator Strauch betont, daß die Ausschlußberatung schnell arbeiten müsse, falls die Seefahrtsschule erhalten werden soll. Die Seefahrtsschule bestehe 118 Jahre und sei für Lübeck von großer Bedeutung. — Die Magistratsprüfung sehe hiermit nicht im Zusammenhang. — Ausschlußberatung wird beschlossen.

Bau einer Getreidemüllanlage auf der Wallhalbinsel. — Dr. Neumark (Volksp.) ist grundsätzlich für sofortige Annahme der Vorlage. Derartige Anträge von solch wirtschaftlicher Bedeutung dürften nicht so spät in die Hände der Bürgerchaftsmitglieder gelangen. Auch diese müßten Gelegenheit zu praktischer Mitarbeit haben. An dem Projekt werde doch schon seit Jahr und Tag gearbeitet. — Die Senatsvorlage wird mit allem gegen 2 Stimmen angenommen.

Straßenbaukosten für die Erweiterung der Siedlung in Dummersdorf. — Wird angenommen.

In zweiter Lesung angenommen wird der Antrag Dr. Wilters, betr. Erlaß eines Nachtrages zum Bürgerchaftswahlgesetz vom 7. Dezember 1923.

Abschnitt I des Entwurfs eines neuen Nachtrages zum Fährereigesetz (mündlicher Ausschlußbericht). — Haut (Soz.) betont, es bestehe keine Veranlassung zu Wilters' Einpruch. Der Ausschuß habe eine ordnungsmäßige Sitzung abgehalten, zu der Dr. Wilters eingeladen worden, aber nicht erschienen sei. Der Ausschuß habe aus Gründen der gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnisse einstimmig den Unterlagen Hent's Folge gegeben. Eine Hinzuziehung der Interessenten sei abgelehnt worden, da bei ihrem ablehnenden Standpunkt eine Verhandlung doch keinen Wert gehabt haben würde. Der Ausschuß war der Auffassung, daß die früher geltende Bestimmung in dem Gesetz über das Kauffachen in der Potentier-Werk vom Eise aus wieder hergestellt werden müsse, um den Erwerbslosen und bedürftigen Einwohnern Truemündes Gelegenheit zu geben, ein Kalgericht zu farnen. Die staatsrechtlichen Bedenken seien ja schon einmal beiseite gestellt worden. Erhebliche Schäden hätten sich nicht ereignet. — Senator Dr. W. e. r. m. e. r. e. n. — K. a. s. Dr. W. e. r. m. e. r. e. n. bemängelt sich nach der fährliche Staatsrechtler Dr. F. i. n. k. in hochantändigem bairischen Dialekt an dem Entwurf. Auf Antrag von Senator Dr. F. i. e. t. h. wird dem Entwurf ein Ende bereitet und die Sitzung nach 10 Uhr vertagt.

Wit mit einer lebenswichtigen eleganten Verzierung dankt der alte Herr.

„Nur der erste Schritt ist schwer“, philosophierte ein dicker Mann zu seinem Freunde über einem Glase Madeira. „Was glauben Sie wohl, was der verdient? Rechnen Sie sich aus: nur zehn Tafeln in der Mittagszeit, und bei dem Ansehen und Reichen! Bestimmt besitzt er ein eigenes Haus!“

Inzwischen hat sich der alte Herr den anderen Gästen zugewandt. „Witzvoll wiederholte sich derselbe Aufsicht. Alle geben, niemand kann dieser Selbstverständlichkeit widerstehen, die den Redner überzieht, und der es nicht einen Augenblick einfallt, sie könne fest am Platze sein. In fünf Minuten hat der alte Herr das Restaurant abgegriffen. Manche der Gäste bliden ihm bedauernd nach. „Der arme Mann!“ Ja, der hat auch einmal bessere Tage gesehen.“ Andere geben gedankenlos, herausgerissen aus der angenehmen Beschäftigung des Zuhörerbens. Der alte Herr blid auf die Uhr über dem Buffet, lächelt dem Wüßer-träulein wohlwollend zu und verläßt schnell das Restaurant.

Wohnt bei Sammlungen

Abzug Gewerkschaftsvorstände und Betriebsräte! Von der A. P. D. werden zur Zeit Sammlungen, angeblich für das Kinderheim Sanna, vorgenommen. Wir wachen darauf auf, daß alle Sammlungen, die über den Rahmen einer Zeitschrift, oder für Einzahlungen, die nicht von einer Einzelperson geleistet sind, hinausgehen, durch den Ortsausschuß zu genehmigen sind. Von der Leitung des Kinderheims ist ein Antrag an den A. P. D. nicht gestellt. Die Listen sind zurück-zugehen. Der Vorstand des A. P. D., Ortsausschuß Lübeck.

Broterteilung
Achtung, freigewerkschaftlich organ. Erwerbslose!
Am Mittwoch und Donnerstag dieser Woche findet vormitt von 10—12½ Uhr die Verteilung von Brot im Gewerkschafts-haus statt. Verbandsbuch und Stempelfarte müssen vorgelegt werden. Ohne diese keine Abgabe.
Der Vorstand des A. P. D., Ortsausschuß Lübeck.

Der Reinfall der nationalen Eisenbahner

Zum Donnerstag und Freitag hatte die nationale Eisenbahner-Gewerkschaft zu Versammlungen in den Zentralhallen eingeladen. Als Referenten hatten sie sich einen Herrn B. i. t. t. e. m. e. i. e. r. verfahren, der Vorsitzender der „Nationalen“ sein soll. Seine Ausführungen waren wie Kraut und Rüben durchweg andergeworfene Phrasen. Wer nicht wußte, daß diese Versammlung eine Gewerkschaftsversammlung sein sollte, mußte glauben, in einer völkischen Wahlversammlung zu sein.
Bütemeier schimpfte nach Strich und Faden auf die alten Gewerkschaften und machte diese verantwortlich für die heutige Wirtschaftskrise. Die neue nationale Eisenbahnerbewegung würde in nächster Zeit so groß sein, daß diese dann die Führung der Bewegung übernehmen werde. (Wie in Mussolini.) Den Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands bezeichnete Bütemeier als sozialistisch und behauptete schamlos, er betreibe reine Parteipolitik. Nur seine nationale Gewerkschaft sei neutral.

Zur Neutralität dieser Spalter können wir feststellen, daß in ihrer Jahressitzung Nr. 15 vom 19. Dezember 1925 in einem Artikel das Gegenteil bezeugt wird. Da heißt es: daß sie sich zu einer Gewerkschaft bekennen, die politisch rechts eingestellt ist. (Wölkisch.) Also im Interesse des Kapitals zu arbeiten gewillt ist. Zum Dawesabkommen meinte der Mann, es wäre nicht durchgeführt, wenn die Waffe wie ein Mann gestanden hätte. (Siegreich wollen wir Frankreich schlagen!) Hierbei verlor Bütemeier den Faden und schimpfte auf die alten Gewerkschaften bis ins Uferlose. Bütemeier meinte dann ferner, er habe den Reichspräsidenten Ebert nur bekämpft, weil er Sozialdemokrat war, aber nicht wegen seiner Tätigkeit als Reichspräsident.

Als Diskussionsredner traten die Kollegen vom Einheitsverbande Sch. u. l. z. e. und W. i. e. s. e. den verdrehten Ausführungen entgegen und gaben der Versammlung ein klares, wahrheitsgemäßes Bild. Das erkannte die Versammlung und so wurde diese ein Erfolg für den Einheitsverband. Als die Versammlungsleitung sah, daß für sie kein Boden vorhanden war, unterließ sie es eine eingebrachte Entschließung zur Abstimmung zu bringen. Die Entschließung wurde trotzdem von der Versammlung einstimmig angenommen, allerdings war sie nicht im Sinne der „nationalen“ Gewerkschaft. Diese wurde als Interessensvertretung der Eisenbahner abgelehnt und der Einheitsverband anerkannt.

Die zweite Versammlung am Freitag wurde erst gar nicht eröffnet, weil nur wenige Teilnehmer vorhanden waren und diese waren zudem Mitglieder des Einheitsverbandes. Auch hier hat sich wieder gezeigt, daß die Nationalen in Lübeck unter den Eisenbahnern keine Erfolge erzielen können. Nicht diese sind die Interessensvertretung der Eisenbahner, sondern der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands hat durch seine Stärke des öfteren bewiesen, daß er die Interessen seiner Mitglieder ernsthaft vertritt. Deshalb müssen die noch abseits stehenden Kollegen hinein in den Einheitsverband der Eisenbahner, denn nur in der Stärke liegt die Macht.

Ernst Wehrend † Schon wieder ist ein alter Kämpfer für den Sozialismus gestorben. Der Bauarbeiter Genosse Wehrend gehörte 25 Jahre der SPD an. Unermüdet war er für uniere gerechte Sache tätig. Zwei Jahre hatte eine heimtückische Krankheit ihn an das Krankenbett gefesselt. Die Lübecker Arbeiterchaft wird dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren. Die Beerdigung findet am Donnerstag, d. 28. Januar nachmittags 2½ Uhr auf dem Borwerker Friedhof statt.

Feuerungsausgabe. Für bedürftige kinderreiche Familien werden am 29. und 30. Januar nochmals Feuerungsgutscheine im Wohlfahrtsamt ausgegeben. Näheres siehe Anzeigenteil in der heutigen Nummer.

In der Sitzung des Senates am Donnerstag wird außer über die Strandung des Hamburger Dampfers „Claus“ über die Strandung des Lübecker Dampfers „Helgoland“ an der dänischen Ostküste am 8. Januar 1926 verhandelt.

9. Volksstümliches Konzert des Städtischen Orchesters im Gewerkschaftshaus. Das Programm des am Freitag stattfindenden Konzertes ist als „Opernabend“ bezeichnet. Der erste Teil bringt Werke Richard Wagners, u. a. die Ouvertüre zu Tannhäuser. Der zweite Fantazien aus „Bajazzo“ und „Cavalleria rusticana“. Aus dem letzten Teil sind hervorzuheben: Fantasia aus „Margarete“ und der Krönungsmarsch aus dem Propheten. Das Konzert steht unter der künstlerischen Leitung des Generalmusikdirektors Karl Mannstaedt.

Neubestimmungen über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen sind am 5. Dezember 1925 in Kraft getreten. Am 1. März d. J. treten weitere Bestimmungen in Kraft, die sich auf die Steuerleistung der Kleinkraftwagen erstrecken. Diese wird von 0,75 auf 0,70 PS. bzw. 1,00 auf 0,90 PS. herabgesetzt. Ueber die erzielte Zulassung wird eine Zulassungsbekanntmachung erteilt, die während der Fahrt mitzuführen ist. Dagegen sind Führerschein und Steuerkarte gefälligst nicht vorgelegt, es sei denn, daß der Führer unter 16 Jahre alt ist; dann muß er sich einen Führerschein ausstellen lassen und bei sich führen.

Strafkammer

Inappetitliche Flaschenmilch
Zum Schöffengericht war vor kurzem ein Milchverkäufer der Hanjameierei zu 20 RM. Geldstrafe verurteilt worden, weil er Kannenmilch in Flaschen, die die Abnehmer zum Teil nicht gereinigt zurückgeliefert, füllte und mit neuen Pappschleiben verpackte. Verkauft wurde die Milch um 4 Pf. teurer als Kannenmilch. Die Strafkammer hob nun das Urteil des Schöffengerichts auf und erhöhte die Strafe auf 100 RM., da Betrug in Tateinheit mit einer Uebertretung des Nahrungsmittelgesetzes als vorliegend angenommen wurde im Gegensatz zur Auffassung des Schöffengerichts, das seinen Betrug jeztellen zu können glaubte.

Neues von Carrasani

Hans Stöck-Carrasani, Europas volkstümlichster Schau-Unternehmer, ist im November nach zweijähriger Amerika-Fahrt in die deutsche Heimat zurückgekehrt. Kaarlos, wie es seine Art ist, hat er sich für die kalte Jahreszeit nach seinem Dresdener Stamm-haus zurückgezogen, das noch immer die größte und prächtigste maßstabsgetreue Arena-Anlage Deutschlands darstellt, aber nicht, um auszuruhen, sondern um im Frühjahr mit einer großen Ueberraschung loszubrechen. Carrasani will für dieses Jahr in Deutschland eine Schau ins Leben rufen, wie sie Europa bislang noch nicht sah. Den althergebrachten und erlarnen Zirkus, auch denjenigen mit der Akrobatik des Mehrmannensystems, hat Carrasani, dessen Bild und Unternehmungsgeist in Amerika viel weiter, endgültig überwunden. In Carrasani's Winterverftäten zu Dresden und Leipzig rüftet man fieberhaft. Von Südamerika her hat Carrasani Trupps von argentinischen Gaucho's, brasilianischen Kriegerinnen, paraguayischen Indianern gemeldet, von Nordamerika her treffen echte Sioux-Indianer ein, eine Seltenheit ersten Ranges, dazu Duzende von Texasboys. Ein Spezial-gesandter der Carrasani-Schau, der Forschungsreisende Oberst-

Freistaat Lübeck

Dienstag, 26. Januar.

Der alte Herr

Es ist zwei Uhr nachmittags. Die Küche im Restaurant sind belebt. Am Buffet stehen ein paar Herren und trinken unermüdet Cognac während das Grünlein unruhigstänisch große Mengen von Brötchen mit wohlgebacktem Rindfleisch verlanzt. Die Gemüter sind beruhigt und befinden sich in ausgeglichener Stimmung; auch drei junge Damen den Reiz der einigermassen mit der Weltordnung verfahren. Ein alter Herr tritt ein. Er trägt einen schwarzen Schlafhut auf dem langen weißen Haar und einen gelben Ueberzieher. Die Damen gefallen sich in Harmonizitäten, und die Jagdmädel sind ausgetreten. Im Gangen macht der Herr den Eindruck eines auf sein Altenteil gelegten Oberleutnants. Auf dem abweisbaren Zellstrahlsträger sitzt ein energiegelber Kopf mit fahner Nase, ein umhergezierter Proprietarier vertritt das Sinn, und hinter einer dicken, goldumrandeten Brille bliden helle Augen. Schnell ist der Herr eingetreten; seine Bewegungen sind von gewinnender Elastizität. Er blid sich kurz im Restaurant um, nimmt den Hut ab und tritt an den ersten Tisch, nicht am Eingang, heran. Höflich und leicht verbeugt er sich mit leiser zwäcker Ueberlegenheit. Nun geht ihn etwas an, er hat an und beginnt die Aufmerksamkeit nach einem Stuhl zu nehmen. Doch der alte Herr nimmt davon keine Notiz. Er verbeugt sich wieder, noch gemessener als beim ersten Male, und wartet dann mit der Miene eines Mannes, der sich einer lästigen Herwallheit unterzieht. Endlich hat man es dem Tische begünstigt. Nun beugt sich die Leinwand nach einem möglichst kleinen Geb-

ARBEITER-SPORT

Moderner Frauensport

Es ist unverkennbar: Mode und Hygiene, deren Wege in früheren Zeiten weit auseinandergingen, haben sich während der letzten zehn Jahre stark genähert. Zwar ist die Hygiene kaum von ihrem bisherigen Standpunkte abgewichen, wohl aber ist ihr die Mode sehr entgegengekommen. Abgesehen von der gesundheitsgemäheren Frauenkleidung ist die Ausbreitung des Sportes unter beiden Geschlechtern als unumstößlicher Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung ins Feld zu führen. Gewiß gibt es eine Anzahl von Frauen und Mädchen, denen der Sport von vornherein ein gesundheitliches Bedürfnis ist. Die meisten jedoch von ihnen — Hand aufs Herz — machen diese, wirklich vernünftige Mode eben mit. Entsprechend der neu erworbenen Selbstständigkeit und dem Bestrebungen vom Einfluß des Mannes hat sich die Frau — mit Recht — besondere Formen des Sportes gesucht, die der Eigenart des weiblichen Körpers wie der weiblichen Seele angepaßt sind.

Der Frau ureigenstes Sportfeld ist die rhythmische Gymnastik, die — wie vor kurzem der Erlanger Frauenarzt Dr. Raboth in treffender Weise schrieb — ihr „Streben nach annuität beschwingter Bewegung, sowie dem Drang, ihr Innenleben durch den Körper zu bildhaftem Ausdruck zu bringen“ am ehesten zu erfüllen vermag. Die moderne Frauengymnastik besteht zu einem beträchtlichen Teile aus Entspannungsübungen die mit Spannungsbewegungen wechseln. Der ganze Körper wird gelockert, Verkrampfungen lösen sich und — der körperlichen Entspannung gleichlaufend — kommt es zum Freiwerden von seelischen Spannungen und zur Entspannung anderwärts gut zu verwendender Nervenenergie.

Aber nicht allein um der Entspannung, um des künstlerischen Körperausdrucks und um der seelischen Befreiung willen treibt die moderne Frau Sport. Sie verfolgt damit auch andere praktische Ziele. Man glaubt gar nicht, wie viel Frauen sich mit Feuereifer der Gymnastik widmen, um Verdübeln zu verhüten oder um ihr Fett los zu werden — dem Geßel der modernen schlanken Linie folgend. Andererseits wird regelmäßig betriebene Gymnastik die Leistungsfähigkeit der Frau für die Anstrengungen des täglichen Lebens (Beruf, Haushalt) erheblich steigern. Die neuzeitliche Gymnastik wendet ihr Augenmerk gerade solchen Muskeln und Muskelgruppen zu, die sonst fast brach liegen. Durch Einzelausbildung dieser vernachlässigten Teile des Bewegungsapparates gelingt es denn auch, die Alltagsbewegungen — Gang, Arbeitsbewegung usw. — auf die rationellste Weise durchzuführen. Die Durchbildung des ganzen Körpers wirkt der einseitigen, muskelerlöschenden Tätigkeit vieler Frauenberufe erfolgreich entgegen. Ein wichtiger Grund für die Schaffung einer besonderen Frauengymnastik lag in dem Bestreben, den weiblichen Körper für die Anstrengungen der Schwangerschaft und Geburt in zweckmäßiger Weise auszubilden. Stärkung des Kampfes, Festigung der Bauchmuskeln, Verhärtung des Hängeleibes und der Senkung von Bauchorganen sind Ziele des modernen Frauensportes. Und schließlich dürfte es kaum noch einem Zweifel unterliegen, daß

auch eine Reihe von Frauenkrankheiten durch vernünftig betriebene Gymnastik günstig zu beeinflussen ist. Natürlich liegt bei allen krankhaften Zuständen die Entscheidung, ob und welcher Sport am Platze ist, lediglich in der Hand des erfahrenen Arztes. Dr. M. Berlin.

Vom Schwimmen. Das Schwimmen ist nach dem Gutachten vieler Ärzte die gesündeste Leibesübung. Vereint es doch in sich die Körperpflege mit der Körperübung, die körperliche Reinigung zugleich mit einer allseitigen Betätigung und damit vorzüglicher Ausbildung der inneren und äußeren Organe des menschlichen Körpers. Das Schwimmen ist auch von hoher praktischer Wichtigkeit. Bietet es doch neben seinem gesundheitlichen Werte Schutz gegen die Gefahr des Ertrinkens, der Nichtschwimmer in Wehensnot immer ausgeht sind. Der Schwimmer hat außerdem die Fähigkeit, andere von dem Tode des Ertrinkens zu retten. Diese Möglichkeit müßte dazu beitragen, immer mehr Anhänger für den Schwimmsport zu gewinnen und jeden Menschen zu veranlassen, das Schwimmen zu erlernen. Es genügt nicht, daß sich der Schwimmer gerade so mit Mühe und Not über Wasser halten kann, sondern er muß bestrebt sein, durch systematische Weiterbildung die Schwimmkunst voll zu beherrschen. Erst dann kann er die wahren Freuden des Schwimmsportes genießen und sich ohne Angstgefühl mit dem Bewußtsein der Sicherheit dem nassen Element anvertrauen. — Deshalb sollte auch im Winter das Schwimmen, soweit es irgend möglich ist, praktisch ausgeübt werden. Gewöhnlich wird in der kälteren Jahreszeit das Schwimmen sehr vernachlässigt oder gar nicht betrieben. Es scheint fast, als ob im Winter das Schwimmbedürfnis vollkommen erlöschen sei. Vor dem Baden im Freien im kalten Wasser, z. B. durch Aufschlagen des Eises, ist dringend zu warnen. Man liebt zwar oft, daß trotz Eis und Schnee im Freien gebadet wurde; aber meist sind das Menschen, die sich durch jahrelanges Training gegen jede Witterung abgehärtet haben. Beim Baden im Freien sollte im allgemeinen darauf gesehen werden, daß das Wasser eine Temperatur von mindestens 16 bis 18 Grad hat. Eine niedrigere Temperatur bedeutet für den Menschen im Wasser eine übermäßig große Wärmeentziehung, und schwerwiegende gesundheitliche Schäden können die Folgen allzufühnen, unüberlegten Badens sein.

Der erste Bezirk des 14. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportsbundes (Schlesien) veranstaltete am 31. Januar im Gutsgebirge wintertypische Wettkämpfe. Beteiligt sind ein 11 Km. Langstreckenlauf, ein Hindernislauf und ein großes Stillspringen an der Zimmermannsbaude sowie ein Wettrodeln. Diese Wintertypen sind das erste Ergebnis aus den Lehren der ersten Arbeiter-Wintersport-Olympiade, mit der im Januar v. Js. die Welt-Olympiade der Arbeiterportler im Riesengebirge

eingeleitet wurde. Die jetzigen schlesischen Wintersportkämpfe sind ausgezeichnet besetzt und versprechen einen interessanten und abwechslungsreichen Verlauf.

Bürgerliche Sportbewegung

(SPD-Meldungen.)

Die Olympiade in Amsterdam. Die Niederlande sind bereits jetzt mit der Vorbereitung der nächsten Olympischen Spiele der bürgerlichen Sportler, die im Jahre 1928 in Amsterdam stattfinden sollen, beschäftigt. Da das Amsterdamer Stadion den Anforderungen einer Olympiade nicht genügt, haben zwischen dem niederländischen Olympia-Ausschuß und der Stadtverwaltung Verhandlungen über die Herstellung eines neuen Stadions begonnen. Dieses soll neben dem erforderlichen Gelände für Fußballspiele und Leichtathletik auch eine Radrennbahn enthalten und für mindestens 45 000 Zuschauer Sitzgelegenheit bieten. Die Gemeinde Amsterdam hat dem „Niederländischen Sportparl.“ ein Gelände von 130 000 Quadratmetern zur Verfügung gestellt. Außerdem zahlt die Stadt Amsterdam einen Zuschuß von 250 000 Gulden für die Errichtung der Gebäude des neuen Stadions.

In deutsch-schwedischen Ringkämpfen, die dieser Tage in Lund in Schweden stattfanden, schnitten die Deutschen recht gut ab. Der deutsche Europameister Braun siegte über Swenson nach einem Kampf von nur fünf Minuten. Der deutsche Federgewichtsmeister Steinig besiegte den schwedischen Bantam-Meister Hansson, und der Berliner Kieger zwang seinen Gegner Cato in zehn Minuten auf die Schultern. Im Federgewicht gewann der junge Berliner Duwe die Konkurrenz.

Der schweizerische Alpenklub hat für die Zukunft in seinen Hütten den Ausschank alkoholischer Getränke unterlagt, von der Ermäßigung ausgehend, daß Sport und Alkohol sich nicht miteinander vertragen.

Frühling-Magdeburg, der deutsche Meister im Rüdenschwimmen, stellte am Donnerstag in Leipzig einen neuen Rekord auf. Er schwamm 100 Meter in 1 : 14,1 gegenüber 1 : 15 bisher. Die Zwischenzeiten waren: 25 Meter 14,4; 50 Meter 34,2 und 75 Meter 54 Sekunden.

Verantwortlich für Politik und Volkswirtschaft: Dr. Fritz Selmitz. Für Finanzen, Arbeit und Gesundheit: Hermann Bauer. Für Infanterie: Carl Lüdhardt. Berleger: Carl Lüdhardt. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Kindergymnastik
Witzigen
Fabrikat von Welfrus
Lübeck 1906

HALLER'S Musikhaus
Markt 3 Kohlmarkt 12
Großes Lager in Sprechapparaten,
Mandolinen, Schallplatten, Lauten usw.

Eduard Breithor's Nachflg.
KORB-
MOBEL
Hoffenstr. 13
Korbwaren * Neuankertigung * Reparaturen

Freifeld-Fine
kostenlos kein Geld, weil mit 15 Pf.
die Fläche nur der Natur überlassen
Mehl bezahlt ist. Fordern Sie von
unsern Läden und Verkaufswagen
die unentgeltliche Probe.
Hansa-Meierei

Amtlicher Teil
Berammlung der Bürgerchaft
am Montag, dem 1. Februar 1926, abends
6 Uhr.
Der Wortführer: Gustav Ehlers.

Sand- und Wiesenverpachtung
am Donnerstag, dem 28. Januar 1926,
vormittags 9 Uhr,
in den Zentralhallen, Dannewitzgrube 20
Verzeichnis der zur Verpachtung kommenden
Ländereien sind in der Ausgabe vom 21. Jan. d. Js.
1926.
Die Finanzbehörde

Kochvorführung
mit Kostproben-Verteilung
am Mittwoch, dem 27. Januar 1926
nachmittags 4 1/2 Uhr
**Ständige Vorführung aller neu-
zeitlichen Gas- und Elektrizitäts-
Verbrauchs-Apparate**
ohne jeglichen Kaufzwang
Werbestelle für Gas, Wasser und Elektrizität G. m.
b. H.
Breite Straße 21 (995)

Jeder muß besitzen:
W. Nobmann
Schlüssel zu
„mir u. mich“
Ein Lehr- u. Übungsbuch, das versucht,
den Charakter der vier Fälle in unserer
Sprache in volkstümlicher
Weise klarzulegen.
Mit 16 Bildern.
Preis 1.50 Mark.
Buchhandlung
Edw. Voltsbote
Johannisstr. 46

Konkursöffnung
Ueber das Vermögen der offenen Handels-
gesellschaft in Firma **Binder & Bartels** in
Lübeck, Breite Straße Nr. 61 a, wird heute am
25. Januar 1926, nachmittags 1 1/2 Uhr, das
Konkursverfahren eröffnet.
Der Rechtsanwalt Hennings in Lübeck, Han-
delshof, wird zum Konkursverwalter ernannt.
Termin zur Beschlußfassung über die Wahl
eines anderen Verwalters, die Bestellung eines
Gläubigerausschusses und die im § 132 der Kon-
kursordnung bezeichneten Gegenstände findet
am 26. Februar 1926, vormittags 11 Uhr,
im Zimmer Nr. 9 statt.
Konkursforderungen sind bis zum 10. März
1926 bei dem unterzeichneten Gerichte
anzumelden.
Termin zur Prüfung der angemeldeten For-
derungen findet
am 26. März 1926, vormittags 11 Uhr,
im Zimmer Nr. 9 statt.
Allen Personen, die eine zur Konkursmasse
gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkurs-
masse etwas schuldig sind, wird aufgefordert,
nichts an die Gemeindeforderungen zu veräußern oder
zu leisten, auch die Verpfändung anzulegen, von
dem Besitze der Sache und von den Forderungen,
für die sie aus der Sache abgesehen der Beizriedi-
gung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter
bis zum 10. März 1926 Anzeige zu machen.
Lübeck, den 23. Januar 1926.
1010 Das Amtsgericht, Abt. 2

Wegeesperrung
Der vom Weg Waldhüener Moor-Käppen-
dorf nach Norden abzweigende Weg nach Kreuz-
kamp wird vom 1. Februar bis auf weiteres
gesperrt.
Lübeck, den 25. Januar 1926. 1008
Die Begebehörde.

Nichtamtlicher Teil

Nach schwerer Krank-
heit starb am Sonn-
tag, d. 24. Jan. un-
terliebe Mutter, Groß-
und Urgroßmutter
Martha Drews
geb. Lüders (1857)
im 72. Lebensjahre
Die trauernden
Hinterbliebenen
Beerdigung am
Mittwoch, 27. Jan.,
11 1/2 Uhr, u. d. Fried-
hof St. Adolfsd. Lübeck.

Gute eingeb. 3-Z. Wohn-
m. auf Joh. 200. Friedm.,
geg. 3-Z. Wohn. m. Stall,
Hofst. zu verm. ge. Ang.
u. H 522 an d. Exp. (993)

Ein jun. neuer Jungs-
lings-Wagen zu verk.
Günstl. (1001)
Ordewitzstraße 1, I.

Gartenstube zu verk.
zu erfragen
Koonstraße 5, III.

12 Industriearbeits-
Platz 3.40 K. verk. tägl. u.
9-12 U. Martesgr. 12. Kell.

Edw. Kinderwagen
zu verkaufen. 1001
Brandenburgerstr. 43.

Jugänger zu verkaufen
Stadelsdorf, Lohstr. 17

Kosten - Anzüge von
2.20 an zu verm. (1006)
Klappenstraße 14a, I.

Platz im jäh. Kostent. v.
L. H. Hartweg. 29. (1010)

Danksagung
Für die erwiesenen
Anmerksamerkeiten beim
Heimgange meines Hon-
nes lage allen Ver-
wandten und Bekannten,
sowie Herrn Hauptpastor
Papenbrock, den Straßen-
reinergera, dem Vorstand
der Gemeinde- u. Staats-
arbeiter und dem Sozial-
demokratischen Verein
meinen innigsten Dank
(1001) Frau Jers Ww.

16 Schülerlehre
schloß 1924
L. Spalte, Dornstr.
18a

2jähr. jg. Mann such
Zimmerlehre Angch.
u. H 523 a. d. Exp. (1015)

Deartan
Deartan
Tabak
in allen Preislagen
P. H. Meyer
Bredersgrube 71 (999)

Heinrich Zille
dessen berühmte Albums:
„**Winn**
Willzöf“
69. bis 74. Tausend
und
Kind und die Thierwelt
79. bis 84. Tausend
sowen in neuen, verschönten Ausgaben erschienen sind.
Preis je 3. - Mark.
Buchhandlung Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Feuerungsausgabe
für bedürftige kinderreiche Familien mit 5 und
mehr unterhaltsbedürftigen Kindern, bei Waisen
mit 5 und mehr unterhaltsbedürftigen Kindern:
Freitag, 29. Januar, von 8-11 Uhr A-K
Sonnabend, 30. „ „ 9-11 „ L-V
Böhlstraße 194, Zimmer 1.
Borgermeister sind die letzten Lohnbücher, Geburts-
urkunden der Kinder, ganze Ausweisurkunde des
Böhlstraßenamtes. (995)
Lübeck, 25. Januar 1926
Des Böhlstraßenamt

Turnschuhe
Turngürtel 80
Sportschuhe
Muskelstärker
Boxer-Artikel
Sport-Artikel
empfehlen billigst
und gut
Wessel's
Gummi-Spezial-
Geschäft
Breite Str. 58 a